Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Telephon Nr. 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 3141.

Nr. 183. Donnerstag, den 9. August 1906. 17. Jahrgang.

Die russische Armee am Vorabend der Revolutionskrise.

Von dem russischen Revolutionär, der uns schon wiederholt Mitteilungen aus dem Revolutionskrater übermittelte, erhalten wir heute folgenden interessanten Ueberblick über die Situation in „Väterchens“ Armee. Unser Freund schreibt:

Mit dem Auseinanderjagen der Duma zeigte die zarische Regierung klar und bestimmt, daß das Los der Revolution und der Reaktion einzig und allein von einem offenen Kampf zwischen der Regierung und dem revolutionären Volke bestimmt sein kann.

Und das Resultat dieses Kampfes hängt davon ab, wie sich in ihm die Armee verhalten wird. Waffen der Revolution verschaffen, also ihren Sieg sicher machen, können nur die, welche Waffen in den Händen haben, also die Soldaten. Von ihnen also hängt es ab, ob es der zarischen Regierung gelingt, die Volksbewegung niederzudrücken, oder im Gegenteil, ob sie selbst vom Volke erdrosselt wird. Die mächtige Gärung, welche sich in der letzten Zeit in der zarischen Armee offenbart hat, ist schon heute für niemanden ein Geheimnis.

Daß das richtig ist, gibt den besten Beweis die russische Regierung selbst. Der Generalstab der Armee ernennt eine spezielle Kommission, um die Ursachen der Unruhen in verschiedenen Heeresabteilungen zu untersuchen. Die Kommission ist nicht der Meinung, daß die Unruhen nur das Resultat der Agitation sind, sie sieht ihre Ursachen viel tiefer. Auf Forderung der Kommission delegiert das Kriegsministerium Generäle in alle Militärkreise, um die Ursachen obengenannter Unruhen zu untersuchen. Nicht weniger klar ist bereits für jeden die engste Verbindung zwischen der jetzigen Bewegung in der Armee und der allgemeinen Volksbewegung.

Millionenmassen des Volkes streben heute zur Verwirklichung ihrer Rechte auf Freiheit und Land. Jede Hoffnung, diese Rechte durch die Duma zu erreichen, schwindet, — diesen Massen bleibt also nichts übrig, als diese Rechte mit Gewalt zu erobern. Die Armee muß diese Bewegung mit Gewalt unterstützen, oder mit Gewalt niederdrücken.

Die erste Frage ist also: kann die Regierung bei den künftigen Unruhen und Agraraufständen auf die Armee rechnen?

Die Antwort auf diese Frage finden wir im interessanten Brief einer „Unteroffiziergruppe aller Regimenter der Garnison einer gewissen Stadt“, der an den gewesenen Abgeordneten der gewesenen Duma, den Kadetten Gredeskul, gerichtet war.

Dieser Brief — das ist leicht an einigen Gedanken, welche wir in ihm finden, wie auch an der politischen Physiognomie des Absenders (gemäßigter Liberaler!) zu erkennen — ist nicht ein Brief der Soldaten-Revolutionäre. Dem Professor Gredeskul zufolge, ist dieser Brief von einem „religiösen Menschen, der den Monarchen, das Vaterland, die Armee liebt“, geschrieben. Desto mehr Aufmerksamkeit verdienen die Gedanken, die dort verstreut sind.

Eine von den Regierungszeitungen hooligan'scher Färbung behauptete unlängst, daß im Falle der Agrarunruhen die Regierung vollständig auf eine mächtige Armee, die zu ihrer Verfügung steht, rechnen kann.

Und hier sehen wir, was darauf die Offiziere — Verfasser des obengenannten Briefes — antworten:

„Es kommt eine Zeit, wo die Regierung auf einmal nicht nur ihre lebendige Kraft (600,000 Soldaten), auf welche sie rechnet, verliert, sondern auch das Geld. Denn diese Armee, auf deren Treue die Regierung rechnet, hat sich vollständig verändert seit der Zeit, wo sie in den Kampf der Japan-Avantüre, welche Gott weiß wozu und für wen inszeniert war, hineingestoßen wurde. Dieser abenteuerliche Krieg öffnete unsere Augen, und wir wissen schon jetzt, für wen und in wessen Namen wir Elend und Bedrückung ertragen . . . Die Herren Minister des Innern, der Justiz, und besonders des Krieges sollten nicht vergessen, daß wir, Soldaten, ein bewußter Teil des Volkes mit seinem Elend und seinen Bestrebungen sind, daß wir einen Teil seiner Seele vorstellen **und keine Militär-Disziplin, kein Militärschwur, der uns mit Gewalt entrissen wird, kann uns diese Seele nicht vertreten.**

Gebe Gott, daß zum Glück Rußlands und unseres geliebten Monarchen bei uns keine Agrarunruhen ausbrechen, und im Falle, wenn solche entstehen, daß die Soldaten nicht genötigt werden, diese Unruhen mit Waffengewalt niederzudrücken.

„Wir erklären: **auf unsere Brüder, Schwestern, Väter und Mütter werden wir nicht schießen; die Gewehre und Patronen sind in unseren Händen und die ganze Macht stellen wir vor. Die Offiziere sollten besser keine Proben machen, irgendwelche Pression auf uns auszuüben, damit wir etwas, was im Gegensatz zu unseren religiösen Gefühlen steht, tun — wir wollen keine Mörder und Henker sein.**

Und wenn nur die kleinste Soldatenabteilung unter dem Druck der Befehle der Obrigkeit erzittert und auf die Seite der Bauern, unserer Ernährer, übergeht, dann folgen ihrem Beispiel alle anderen Abteilungen — eine nach der anderen.

In dem Aufstande wird dann die ganze bewaffnete russische Armee einen tätigen Anteil nehmen!“ (Rjetsch vom 22. Juli.)

Und wieder beschließen die Soldaten der Leibgarde, des Preobraschensky-Regiments, die Arbeitsgruppe in ihrem Kampfe um Land und Freiheit zu unterstützten. („Echo“, 15. Juli.)

Und wieder beschließen in Batum 972 Soldaten und Matrosen:

„Wir sind vollständig mit den Arbeiterabgeordneten der Duma einverstanden und erklären, daß wir die Vertreter der Arbeiter und Bauern in ihrem Kampfe um das Volkswohl mit allen möglichen Mitteln unterstützen werden.“ („Echo“, 17. Juli.)

Und wieder beschließen am 7. Juli 87 Kosaken der Moskauer Garnison: „der Regierung Goremykin-Pawlow ihre tiefste Verachtung auszudrücken“ und die Ueberzeugung auszusprechen, „daß die entschiedenen Schritte der Reichsduma, zum Zwecke die dringendsten Volksforderungen durchzusetzen, seitens des ganzen, wirklich freiheitlichen Kosakentums, welches unter dem Drucke des Polizeiregimes erstickt, die heißeste Unterstützung finden werden.“ Den einzigen Ausweg aus der jetzigen Lage, sieht das Meeting in der Einberufung einer konstituierenden Versammlung. („Echo“, 17. Juli.)

Die Soldaten der Lodzer Garnison tun einen noch mehr entschiedenen Schritt auf dem Wege der Einmischung in den Kampf der zarischen Regierung mit dem revolutionären Volk.

Sie wenden sich unmittelbar an den Befehlshaber der Garnison und machen ihn darauf aufmerksam, daß, falls Versuche gemacht werden, einen Pogrom zu organisieren, 600 von ihnen, die sich dazu verpflichtet haben, auf der Stelle jeden Teilnehmer des Pogroms und seine Leiter aus der Mitte der Polizei erschießen. („Rote Fahne“, 22. Juli.)

Das ist ein kleiner Teil der Fakten aus den letzten Tagen und sie zeigen klar, auf wessen Seite im Falle eines entscheidenden Kampfes zwischen dem Volke und der Regierung die Armee stehen wird.

Waffen! Waffen! ertönte ein schrecklicher Schmerzens- und Wutschrei seitens des klassenbewußten Proletariats zum ersten Male nach dem 22. Januar 1905.

Gerade 18 Monate später steht das Proletariat vor einer neuen Phase des Kampfes, vor der Notwendigkeit, schon in der nächsten Zukunft Waffen in die Hand zu nehmen, um den Feind ein für alle Mal zu vernichten. Waffen wird ihm die revolutionäre Armee geben.

* * *

Mittlerweile haben unsere russischen Genossen und sämtliche Mitglieder der Arbeitergruppe der aufgelösten Duma eine Aufforderung an die Soldaten des Heeres und der Marine erlassen, den Gehorsam zu verweigern. Es heißt darin u. a:

Soldaten! Seelente!

Die Regierung hat auf kaiserlichen Befehl die Duma aufgelöst. Truppen wurden von allen Seiten angesammelt, um das Volk mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Jetzt ist Rußland in zwei Lager geteilt. Auf der einen Seite steht die große Mehrheit: alle Bauern, alle Arbeiter, alle Armen und Bedrückten, stehen die bestverzogenen und aufgeklärtesten Klassen, die klarer schauenden Soldaten, die besten Offiziere und alle die Märtyrer in den Gefängnissen — unter ihnen viele tausende Soldaten und Seemänner. Auf der anderen Seite ist eine Versammlung von Bedrückern, wie General **Trepow** Herr **Pobjedonoszew** und **die mandschurischen Generäle, die vor den Japanern davongelaufen sind**, aber aus Moskau, Odessa und Tschita geschossen haben, die Zemski Natschalniki und die **Polizeispione** und

Madame Therese.

Von Erckmann-Chatrian.

Deutsch von Friedrich Fr. Rückert.

39]

14.

Eines Morgens las Onkel Jakob ernsthaft hinter dem Ofen im republikanischen Kalender; Madame Therese nähte am Fenster und ich wartete auf einen günstigen Moment, um mich mit Scipio davon zu machen.

Draußen spaltete unser Nachbar Spick Holz; sonst ließ sich kein Geräusch im Dorfe hören.

Die Lektüre schien den Onkel sehr zu interessieren; von Zeit zu Zeit blickte er nach uns hin und sagte:

„Diese Republikaner haben gute Eigenschaften; sie sehen die Menschheit im Großen an . . . ihre Prinzipien erheben die Seele. . . . Es ist wirklich schön! Ich begreife, daß die Jugend ihre Doktrinen annimmt, denn alle jungen, an Körper und Geist gesunden Wesen lieben die Tugend; hingegen diejenigen, die durch Egoismus und schlechte Leidenschaften schon vor der Zeit alt geworden sind, können allein den entgegengesetzten Grundsätzen huldigen. Welches Elend, daß solche Leute immer wieder ihre Zuflucht zur Gewalt nehmen.“

Madame Therese lächelte darüber, und der Onkel fuhr in seiner Lektüre fort. Dies mochte ungefähr eine halbe Stunde gedauert haben und Lisbeth war, nachdem sie die Schwelle des Hauses abgefegt hatte, wie gewöhnlich zum Schwatzen zur alten Roesel gegangen, als plötzlich ein Reiter vor unserer Tür hielt. Er trug einen großen Mantel von blauem Tuch und eine schafwollene Mütze, hatte eine Kupfernase und einen grauen Bart.

Der Onkel hatte eben sein Buch weggelegt und wir Alle beobachteten diesen Fremden durch das Fenster.

„Sie werden zu einem Kranken gerufen, Herr Doktor,“ sagte Madame Therese.

Der Onkel antwortete nicht.

Der Mann hatte unterdessen sein Pferd an einen Pfeiler des Schuppens angebunden und trat jetzt auf die Diele.

„Herr Doktor Jakob?“ fragte er, die Tür öffnend.

„Das bin ich, mein Herr!“

„Ich habe einen Brief für Sie von Herrn Doktor Feuerbach aus Kaiserslautern.“

„Bitte, nehmen Sie Platz, mein Herr,“ forderte der Onkel ihn auf.

Der Mann blieb stehen.

Der Onkel las den Brief und erblaßte, er schien eine Minute lang ganz verwirrt zu sein und unstät blickte er auf Madame Therese.

„Ich soll die Antwort, falls eine solche zu geben, zurückbringen,“ erklärte der Unbekannte.

„Sagen Sie Feuerbach, daß ich ihm danke; das ist die ganze Antwort.“

Dann ging er, ohne etwas hinzuzufügen, entblößten Hauptes mit dem Boten hinaus, den wir, sein Pferd am Zaum führend, die große Straße nach dem „Goldenen Krug“ hinabgehen sahen. Er wollte sich ohne Zweifel vor seinem Heimritt erfrischen. Wir sahen auch den Onkel an unserem Fenster vorübergehen und in den Schuppen treten.

Madame Therese ward unruhig.

„Fritzel,“ sagte sie, „bringe dem Onkel seine Mütze!“

Ich lief sofort hinaus und bemerkte den Onkel vor der Scheune auf- und abgehen; er hielt den Brief noch immer in der Hand, ohne daran zu denken, ihn in die Tasche zu stecken. Spick hatte die Hände auf die Axt gestützt und betrachtete ihn von der Schwelle seines Hauses aus mit Befremden; auch lugten zwei oder drei Nachbarn hinter ihren Fensterscheiben hervor.

Es war sehr kalt draußen, und ich ging wieder hinein. Madame Therese hatte ihre Arbeit bei Seite gelegt und sah, die Ellenbogen auf das Fenstergesims stützend, nachdenklich da; ich setzte mich hinter den Ofen und verspürte durchaus keine Lust, noch einmal hinauszugehen.

Ich erinnere mich auch dieses Vorfalls aus meiner Kindheit; aber lange Zeit hindurch nur wie eines undeutlichen Traumbildes, denn ich konnte die Sache nicht begreifen, und erst in späteren Jahren, wo ich mehr nachdachte, ist mir die wahre Bedeutung klar geworden.

Es schwebt mir lebhaft vor, wie der Onkel einige Augenblicke nachher hineinkam und sagte, daß alle Menschen Lumpen wären, Geschöpfe, die sich nur gegenseitig zu schaden suchten; wie er sich dann in die Finsternis, sehr nahe bei der Tür setzte und den Brief seines Freundes Feuerbach vorlas, während Madame Therese in ihrem Mieder mit der doppelten Reihe Knöpfe, die Haare über dem Nacken zusammengeknotet, zur seiner Linken stand und ruhig zuhörte.

Alles dies steht mir vor Augen, auch sehe ich noch den Scipio mit hocherhobenem Kopf und gekrümmtem Schwanz mitten im Zimmer.

Der Inhalt des Briefes, der in hochdeutscher Sprache geschrieben war, blieb mir ziemlich unverständlich, und ich konnte nur daraus entnehmen, daß man Onkel Jakob als einen Jakobiner denunziert hatte, bei dem das Lumpengesindel des Dorfes zusammenkomme, um die Revolution zu feiern; — ferner, daß auch Madame Therese als eine gefährliche und wegen ihrer außergewöhnlichen Kühnheit von den Republikanern sehr vermißte Frau angezeigt war, sowie, daß am folgenden Tage ein preußischer Offizier mit einer starken Eskorte kommen werde, um sie gefangen zu nehmen und mit den übrigen nach Mainz zu befördern.

Es ist mir auch noch in der Erinnerung, daß Feuerbach dem Onkel eine große Klugheit anriet, da die Preußen seit ihrem Siege bei Kaiserslautern Herren des Landes wären und alle gefährlichen Leute bis nach Polen, zweihundert Meilen weit, tief in die Sümpfe hinein, fortschleppten, um an ihnen ein Exempel zu statuieren.

Aber ganz unbegreiflich schien mir, daß Onkel Jakob, dieser so ruhige, friedliebende Mann, über die Nachricht und die Ratschläge seines alten Kameraden so furchtbar aufgebracht war. An diesem Tage war unsere friedliche Stube der Schauplatz eines schrecklichen Sturmwetters, einer Szene, wie sie sie seit ihrer Erbauung vielleicht noch nicht gesehen hatte. Der Onkel beschuldigte Feuerbach, er sei ein Egoist, der ganz willig den Kopf unter die Arroganz der Preußen beuge, die schon die Pfalz und den Hundsrück wie ein erobertes Land behandelten; er rief: in Mainz, Trier und Speyer existierten eben so gut Gesetze, wie in Frankreich, Madame Therese sei von den Oesterreichern als tot zurückgelassen; man hätte kein Recht, verlassene Personen und Sachen zu reklamieren; sie sei frei, und er werde nicht dulden, daß man Hand an sie lege, er werde protestieren; der Rechtskonsulent Pfeffel in Heidelberg sei sein Freund, an diesen wolle er schreiben; er werde sich verteidigen und Himmel und Erde in Bewegung setzen. Man werde sehen, ob Jakob Wagner sich so behandeln lasse, man werde staunen, was ein friedliebender Mann für Gerechtigkeit und Recht auszuführen im stande sei.

Während er dies sagte, ging er, die Haare wirr über die Stirn hängend, auf und ab; alle alten Bestimmungen und Gesetze, die ihm gerade einfielen, warf er durcheinander und zitierte sie in lateinischer Sprache. Er redete auch von gewissen Sentenzen über die Menschenrechte, welche er eben gelesen hatte. Von Zeit zu Zeit hielt er an, stemmte den Fuß mit aller Kraft gegen den Boden, bog die Kniee und rief:

„Ich stehe auf den Grundsteinen des Rechts, auf den ehernen Basis unserer alten Verfassungs-Urkunde. Lassen Sie die Preußen nur kommen . . . ja, ja, lassen Sie sie nur kommen! Diese Frau gehört mir, ich habe sie von der Erde aufgenommen und gerettet. „Res derelicta est res publica, res vulgata.“

(Fortsetzung folgt.)

das ganze schwarze Hundert. Diese alle vertrauen auf eure Kraft, um das ganze russische Volk niederzuschlagen.

Wollt Ihr auf das Volk schießen, das Blut des Volkes vergießen und die Brust des Volkes mit Eueren Bajonetten durchbohren? Gedenkt, daß Ihr die Kinder des Volkes, des russischen Volkes seid. Weshalb wollt Ihr die Regierung verteidigen? Ist Euer eigenes Leben so gut? Seid Ihr nicht selbst in einem Zustande der Sklaverei? Wir, die Vertreter des Volkes, wollten Euer Los verbessern. Wir wollten Gesetze verkünden über die Reduktion des Miliärdienstes auf zwei Jahre, über die Abschaffung der Verwendung von Soldaten als Diener, über die Zahlung von Monatslöhnen an die Soldaten und über die wirksame Verhinderung aller Insultierungen der Mannschaft durch ihre Vorgesetzten. Wir wollten das Los der Soldaten verbessern, aber das große Ziel von uns war, das Los der ganzen arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. Um all das zu verhindern, hat sich die Regierung beeilt, die Duma aufzulösen.

Soldaten! Seeleute! Wir, die gesetzlich gewählten Vertreter der Bauern und Arbeiter, erklären Euch, daß **ohne die Duma die Regierung ungesetzlich** ist, und daß die jetzt von der Regierung ausgegebenen Befehle keine gesetzliche Kraft haben.

Wir fordern Euch auf:

Erstens, daß Ihr **der ungesetzlichen Regierung zu gehorchen aufhöret** und ihr zusammen mit uns und der ganzen armen Bevölkerung **tätigen Widerstand** leistet. Ihr habt einen Eid geschworen, Euer Vaterland zu verteidigen; Euer Vaterland ist Rußland, die Städte, die Dörfer und das ganze russische Volk. Verteidiget dieses Vaterland! Stehet Schulter an Schulter mit uns für Land und Freiheit!

Zweitens: **Jeder Soldat, der auf das Volk schießt, ist ein Verbrecher, Verräter und ein Feind des Volkes.** Im Namen ihrer Väter und Brüder sagen wir einem jeden solchen, daß man ihm nicht gestatten wird, in seine Heimat zurückzukehren und daß sein Name auf ewig vom Volke verflucht sein wird.

Soldaten! Seeleute! Eure heilige Pflicht ist es, **das russische Volk von dieser verräterischen Regierung zu befreien** und die Duma zu verteidigen. Seid tapfer für das Vaterland, für das Volk, für ein Land der Freiheit gegen diese verbrecherische Regierung!"

* * *

Die **Konferenz** der Vertreter der Parteileitungen aller großen revolutionären und sozialistischen Parteien, die trotz der Häscher in Petersburg getagt hat, hat sich nach einer Auseinandersetzung mit den Vertretern des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit großer Majorität gegen die Wiedereinberufung der Duma und für die Einberufung der Konstituante durch eine provisorische Regierung erklärt. An der Konferenz nahmen die Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der Sozialrevolutionäre, der polnischen Sozialdemokratie (P. S. D.) und der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.), des Bundes, der lettischen Sozialdemokratie usw. teil. Eine zwei Tage später abgehaltene Konferenz der Vertreter der Petersburger Gewerkschaften hat sich ebenfalls für den Massenstreik mit der Forderung einer von einer provisorischen revolutionären Regierung einzuberufenden Konstituante erklärt.

Zuversichtlich kann die Arbeiterklasse, können alle Freiheitskämpfer in die Zukunft blicken: ein großer Teil der Armee und der Marine ist auf der Seite der Revolution. Man erwartet und hofft mit Bestimmtheit, daß die nahenden Kämpfe einen Umfang annehmen werden, der die Aufstände in Lodz und Odessa im Juni vorigen Jahres bei weitem übertreffen wird. Nieder mit der Regierung der Bluthunde! Nieder mit dem Zarismus. Es lebe die provisorische revolutionäre Regierung; es lebe die konstituierende National-Versammlung! — Das sind die Losungen auf den Bannern der revolutionären Soldaten, der Arbeiter und der Bauern!

* * *

Kapitalistische Unterstützung.

Die Meldung, daß führende Häuser der englischen und französischen Hochfinanz sich bereit erklärt haben, die Revolution zu unterstützen — freilich nur, um zu verhindern, daß die dem Zaren gepumpten Milliarden nicht verloren gehen — bestätigt sich.

* * *

Neueste Nachrichten.

Erst jetzt, wo die Einzelheiten der Sveaborger, Kronstädter und Petersburger Ereignisse bekannt werden, tritt so ganz deutlich hervor, wie völlig die Zarenmacht ihren Boden im Volke und im Heere verloren hat. Das geht sogar aus den Berichten und Schilderungen der „Nowoje Wremja" hervor. Die radikalen Blätter hat allesamt die Polizeifaust erwürgt; man ist auf diese Zeitung angewiesen, die als geistige Führerin einer „liberalisierenden" Reaktion, als das größte und reichste Blatt Rußlands einen ungemeinen und unheilvollen Einfluß im Lande seit Jahrzehnten ausübt. Man darf annehmen, daß jedes Wort in diesen Berichten zu Ungunsten der Streikenden und Meuterer gewendet ist, daß geschickte Entstellung, Uebertreibung oder Abschwächung an den passenden Stellen ein Zerrbild der Vorgänge zusammenstellt. Aber die Wahrheit blickt doch durch dieses Gebilde des absichtsvollen Truges unverkennbar und hell durch. Oft um so heller, als der Haß schärfer sieht als die Liebe. Um die Schuld der Meuterer nur recht schwer erscheinen zu lassen, heben die Schilderungen sehr scharf hervor, daß die Meutereien überall vorbereitet, durch außenstehende Führer eingeleitet worden seien. Dadurch gewinnt man aber vollends die Vorstellung, daß das russische Heer von den Ideen und Einflüssen der Revolution ganz durchsetzt ist und daß nur noch in der Nachwirkung des Korpsgeistes, wie er sich in dem gegenseitigen Haß der Infanterie und der Matrosen offenbart, eine letzte Schranke liegt, die sehr bald wird umgeworfen sein.

Der Ausbruch des Generalstreiks in Moskau vollends ist ein Signal des Kampfes, das seinen Lichtschein vielleicht über das ganze zentrale Rußland werfen wird.

Moskau, 7. August. Vor dem Hause des ermordeten Herzenstein fand eine große Kundgebung statt. 30 000 Personen zogen vor dem Hause vorbei und riefen: „Hoch die Duma! Nieder mit der Tyrannei! Nieder mit Stolypin!" Die Polizei ließ — aus Angst — alles geschehen. Der Dumapräsident Muromzew und viele Mitglieder der Duma, unter ihnen Graf Heyden, sandten der Witwe Herzensteins Beileidsbriefe, in denen sie ihren Abscheu vor dem Verbrechen aussprechen.

Petersburg, 7. August. Seit gestern Abend gehen Gerüchte über den baldigen **Rücktritt Stolypins** um. Der Zar ist anscheinlich mißgestimmt, daß es Stolypin nicht gelungen ist, die bekannten Parlamentarier für das Kabinett zu gewinnen.

Petersburg, 7. August. Heute Nacht wurden 150 politisch Verdächtige verhaftet. Das Lokal des Verbandes der Druckereiarbeiter wurde gesperrt und amtlich versiegelt.

Petersburg, 8. August. In Moskau wurde der Ausstand ebenso wie in Petersburg mit Majorität beschlossen. Zuerst legten die Setzer die Arbeit nieder, ihnen schloß sich ein großer Teil der Fabrikarbeiter und Angestellten größerer Betriebe an. Die Werkstätten der größeren Eisenbahnen stellten auch den Betrieb ein. Mehrere große Arbeiterumzüge mit roten Fahnen fanden statt. In den letzten Tagen haben in der Umgegend Moskaus bewaffnete Ueberfälle von Eisenbahnzügen stattgefunden.

Petersburg, 7. August. Die im Prozeß gegen den Leutnant Schmidt vors Kriegsgericht zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilten zwei Studenten sind auf dem Transport nach Sibirien in der Nähe von Omsk aus dem Eisenbahnzuge entsprungen und glücklich entkommen.

Wien, 8. August. Die Zeitungskorrespondenz Herzog erhält von angeblich zuverlässiger Seite die höchst unglaubwürdige Mitteilung, wonach ein in Lemberg weilender russischer Graf und Kämmerer streng vertrauliche Depeschen erhalten habe, laut welchen im letzten Kronrat Stolypin einige Reformvorschläge, darunter die Verteilung von Gütern an die Bauern, vorlegte. Ein Teil der Minister opponierte heftig dagegen. Der Zar trat für Stolypin ein. Es entstand eine heftige Debatte, in deren Verlauf der Zar erklärte, er werde abdanken und die Regentschaftsregierung dem Großfürsten Wladimir übertragen. Großfürst Wladimir sei auch bereits telegraphisch aus Meiningen zurückberufen worden. Die Abdankung werde vorläufig noch geheim gehalten, weil einflußreiche Persönlichkeiten bemüht sind, den Zaren von seinem Entschluß abzubringen.

Politische Uebersicht.

Das Antelegraphieren

ist wieder im besonderen Schwunge. Nachdem unlängst der Reichskanzler Fürst Bülow es für nötig gehalten hat, dem früheren italienischen Minister Luzzati, einem der schärfsten Gegner unserer Handelsvertrags-Bestrebungen, in einem überschwänglichen Telegramme seine Genialität amtlich zu bescheinigen, hat nunmehr der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Tschirschky, auf die Nachrichten über eine Feuersbrunst in der Mailänder Ausstellung dem Präsidenten der Ausstellung, Senator Mangili, und dem Bürgermeister von Mailand, Senator Marchese Ponti, telegraphisch die lebhafte Teilnahme der deutschen Regierung ausgedrückt. Beide Herren haben gedankt, haben es aber unterlassen, der deutschen Regierung ihre „lebhafte Teilnahme" über die Kolonialunfälle auszudrücken, die auf uns schwerer lasten als auf den Italienern der Mailänder Ausstellungsbrand. Was die deutsche Regierung der Brandunfall in Mailand angeht, ist um so weniger erfindlich, als die Mailänder Presse auf die bloße Nachricht, daß der Kaiser die Ausstellung besuchen wolle, ihn gröblichst insultierte und der König von Italien bei seinem Mailänder Besuche um die deutsche Ausstellung zu Bogen herumging. Müssen wir denn überall dabei sein, wo Worte gemacht werden und muß unsere Freundschaft jedem bei allen nur erspähbaren Gelegenheiten auf dem Präsentierbrett dargebracht werden, auch dann, wenn er uns noch wenige Monate vorher das Brett aus der Hand geschlagen hat? Nach Algeciras schien es eine Zeitlang, als ob wir endlich zu einer Periode der Gelassenheit und Zurückhaltung im Verkehr mit unsern Nachbarvölkern gelangen würden; aber es scheint ein schöner Traum gewesen zu sein.

Also schreibt — natürlich ein sozialdemokratisches Hetzblatt, das die Geheimnisse der hohen Telegraphierpolitik nicht zu kapieren vermag? Weit gefehlt! Es ist die bis auf die Knochen hurrapatriotische „Tägliche Rundschau" in Berlin, die diese merkwürdig vernünftige Weisheit produziert. Von einer Konfiszierung dieser respektlosen Sätze verlautet noch nichts. Sollte man sie „oben" übersehen haben? — Doch Scherz beiseite: Wie weit muß die Telegraphier-Seuche schon fortgeschritten sein, wenn schon ein solches Ordnungs-Reptil sich darüber aufregt!

Ein Rugbanianer.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse zu Weißensee bei Berlin hatte am 20. Juni beschlossen, von der Broschüre: Alkohol und Gesundheit 500 Exemplare für Kassenzwecke anzukaufen, nachdem der Dezernent der Kasse, der besoldete Gemeindeschöffe Dr. Pape, die beantragte Genehmigung zur Beschaffung von 1000 Exemplaren abgelehnt hatte. Auf Grund dieses Beschlusses verfügte am 22. Juni Dr. Pape die Amtsenthebung des gesamten Vorstandes und stellte die Kasse unter kommissarische Verwaltung. Die eingelegte Beschwerde gegen diese gesetzwidrige Handlung des Ortskrankenkassen-Dezernenten war endlich von Erfolg und unterm 31. Juli hob der Bürgermeister Dr. Woelck die Papesche Verfügung auf und ersuchte die bisherigen Vorstandsmitglieder um Wiederaufnahme ihrer Funktionen. Jetzt kehrte aber plötzlich Dr. Pape vorzeitig aus seinem Urlaub zurück, erschien persönlich im Kassenlokal und erklärte, daß die Kasse trotz des bürgermeisterlichen Entscheides nach wie vor in kommissarischer Verwaltung stehe, weshalb die Vorstandsmitglieder das Lokal zu verlassen hätten. Infolge dieser neuerlichen Gesetzesvergewaltigung durch den sozialistenfresserischen Dr. Pape kam es am Freitag im Kassenlokal zu einem wahren Aufstande. Schon frühzeitig waren die Vorstandsmitglieder der Kasse erschienen, wurden aber von dem herbeigeholten Dr. Pape zum Verlassen des Lokals aufgefordert, und schließlich erschien die Polizei, um dem Verlangen Nachdruck zu verleihen. Jetzt wendete sich aber das Blättchen: der stellvertretende Dezernent der Ortskrankenkasse, Schöffe Rathmann, forderte den Dr. Pape zum Verlassen des Kassenlokals auf, da dieser zur Zeit beurlaubt sei und kein Recht zur Amtsentsetzung des Vorstandes habe, nachdem die Aufsichtsbehörde dem Vorstande wieder Amtsrechte verliehen habe. Nunmehr zog Dr. Pape mit der bewaffneten Macht ab und dampfte nach Potsdam zum Regierungspräsidenten, wo er natürlich ebenfalls abfiel. Herr Dr. Pape ist ein gelehriger Schüler des „freisinnigen" Abgeordneten Rugban und erblickt die Hauptaufgabe seines von den Steuergroschen der Weißenseer Arbeiter besoldeten Amtes in der skrupellosesten Bekämpfung der Sozialdemokratie. Auch in seiner Stellung als Gewerbegerichtsvorsitzender, so fügt die „Leipz. Volksztg." hinzu, läßt er nach dem Empfinden der Arbeiter jede Spur von Objektivität vermissen, so daß die Weißenseer Arbeiterschaft in öffentlicher Versammlung das Verlangen stellen mußte, den Dr. Pape in Zukunft nicht mehr mit dem Amt eines Gewerbegerichtsvorsitzenden zu betrauen. Von Leuten solchen Schlages soll dann das Material für die Bekämpfung des „sozialdemokratischen Terrorismus in den Ortskrankenkassen" geliefert werden!

Ein wertvolles Geständnis legt nach der „T. R." das Junkerblatt „Kreuz-Ztg." ab, welches über die beste Bekämpfung einer „mammonistischen Seuche im Beamtentum" schreibt. Das am Hofe gelesene Junkerblatt will u. a. hohe Orden und Titel nicht durch zu vielfache Verleihungen entwertet sehen:

„Man konnte gerade jetzt wieder die Beobachtung machen, daß hohe Gunsterweisungen an Privatleute nicht immer den erwarteten Erfolg haben. In der sensationellen Ausnützung der Kolonialskandale zeichnete sich gerade die Presse aus, die sich der besonderen Gunst des Hofes zu erfreuen hat, und dort fand sich auch ein schamloses Spottgedicht auf die Königin von Holland (den Lesern der „Volkswacht" bekannt. Red. d. „V."), — ein Machwerk so frech demokratisch, wie es in der deutschen Presse kaum seinesgleichen hat."

Am interessantesten an dem Erguß ist, daß man bei „Gunsterweisungen an Privatleute" Erfolge erwartet. Ei, ei!

Ein Opfer der Militär-Bureaukratie. Der Fall des Rechtsanwalts Dr. Schmidt in Magdeburg wurde vor dem Gericht des Magdeburger Bezirkskommandos öffentlich verhandelt. Wie bekannt, hat der Angeklagte in einer Kontrollversammlung durch sein „Benehmen" in Reih und Glied nach der Ansicht des Hauptmanns v. Heerwarth gegen die militärische Disziplin verstoßen und war deshalb mit einer Arreststrafe belegt worden. Dr. Schmidt hatte dagegen Berufung eingelegt und behauptet, durch Schnupfen gezwungen gewesen zu sein, sich nach dem Kommando Still gestanden die Nase zu schneuzen. Da er den vorgeschriebenen Instanzenweg nicht eingehalten hatte, wurde er vor dem genannten Gericht zur Rechenschaft gezogen. Das Urteil lautete auf zehn Tage gelinden Arrest!

Wieder ein Geisteskranker ins Zuchthaus! Aus München erhalten wir folgendes aufsehenerregende Telegramm: Der Lustmörder Englisch, der vom Schwurgericht in Augsburg in zwei Fällen zum Tode verurteilt worden ist, wurde wegen pathologischer Veranlagung zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Es wird also zugegeben, daß der Aermste geisteskrank ist und doch wirft man ihn auf Lebenszeit ins Zuchthaus! Kann es einen besseren Beweis von dem völligen Bankerott unseres Strafvollzuges geben?

Von den patriotischen Mäglern, Was Tippelskirch u. Co. am Reiche verdienen, darüber bringt die „Vossische Zeitung" eine interessante Zusammenstellung. Danach hat für das Jahr 1906 die Firma Aufträge im Betrage von acht Millionen Mark erhalten. Was das bedeutet, ergibt sich daraus, daß sie auf Schuhwerk, das sie selbst von auswärts bezog, Aufschläge von 27, 30, 45, 80 und 100 Prozent nahm, daß sie dieselben Gamaschen, die eine andere Firma ersten Ranges für 5,25 Mark anbot, mit 9 Mark berechnete, daß sie sich dieselben Schnürstiefel, die noch heute in jedem Quantum für 8 Mark zu haben sind, mit 15,30 Mark bezahlen ließ. Im Reichstag ist behauptet worden, daß Tippelskirch und Co. über den normalen Nutzen hinaus allein an den Lieferungen für 1906 einen Gewinn von zwei Millionen machen, was durchaus wahrscheinlich klingt. Die billigeren, aber nicht beachteten Angebote sind teilweise von Firmen erfolgt, die bereits an die Kolonial-Verwaltung zur vollen Zufriedenheit geliefert haben.

Das Ganze nennt man dann sittliche Tüchtigkeit, die nach Minister v. Studt uns Sozialdemokraten abgeht. Worüber wir recht froh sind!

Katzbalgereien der Frömmler. Die Wiedereinführung der Fronleichnamsprozession in verschiedenen Ortschaften ihres Bezirks veranlaßte die Kreissynode St. Johann-Saar, eine Resolution zu fassen, in der es heißt: „In der Annahme, daß unsere evangelischen Gemeindemitglieder für ihr religiöses Empfinden und ihre kirchlichen Interessen dieselbe Rücksichtnahme seitens der Staatsregierung zu beanspruchen haben wie die Glieder der katholischen Kirche, hält es die Kreissynode für ihre Pflicht, ihr lebhaftes Befremden zu äußern über die Tatsache, daß in diesem Jahre im Gegensatz zu einer bewährten Tradition in verschiedenen Gemeinden des Synodalbezirks die Neueinführung einer Fronleichnamsprozession gestattet worden ist."

Prügelnde Polizisten? Der „Frankfurter Zeitung" wird berichtet: Die Großherzogliche Bürgermeisterei in Mainz hat die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen Beamte des Polizeiamts beschlossen. Wie nämlich kürzlich die „Volkszeitung" berichtet hatte, sollen Polizisten säumige Schulkinder des Morgens statt sie von der elterlichen Wohnung aus direkt zur Schule zu führen, zuerst auf den betreffenden Polizeibezirk transportiert und dort körperlich gezüchtigt bezw. mißhandelt haben. Auch in der letzten Sitzung des Schulvorstandes kamen die Fälle zur Sprache, worauf der Oberbürgermeister die angeführte Untersuchung ankündigte.

Laut amtlichem Stichwahl-Resultat in Rinteln-Hofgeismar wurden insgesamt 13,596 gültige Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf Herzog, Bürgermeister von Obernkirchen (deutsch-sozial) 9098, auf Wetterlein, Stadtverordneter von Helmarshausen (Sozialdemokrat) 4498 Stimmen. Die Parteileitung der Freisinigen Volkspartei in Rinteln-Hofgeismar erklärt, daß die Parteileitung der Stichwahlparole für den Sozialdemokraten fernstehe. Sie habe den Wählern die Freiheit der Wahl gelassen. — Eine Parteileitung, die nicht den Mut hat, ihren eigenen Parteigenossen eine bestimmte Wahlparole aufzutragen, darf nicht mehr beanspruchen, ernst genommen zu werden. Uebrigens hat nach obigen Ziffern kein einziger Freisinniger für den Sozialdemokraten gestimmt. Die freisinnige Jämmerlichkeit bleibt somit bestehen.

Die erste ländliche Fortbildungsschule in Schleswig-Holstein wird am 1. November in Albersdorf, einem größeren Kirchdorf auf der Ditmarschen Geest, eröffnet werden. Sie soll nach dänischem Muster der erwachsenen Jugend Gelegenheit geben, sich für das praktische Leben auf dem Lande weiter auszubilden. Die verschiedenen Erwerbsklassen finden dabei gleichmäßig Berücksichtigung. Die jungen Handwerker, die die Schule besuchen, sollen in den Stand gesetzt werden, ihre Meisterprüfung abzulegen. Die Dauer des Kursus ist auf 5 Monate festgesetzt.

Kleine politische Nachrichten.

Der deutsche „Hausbesitztag", der in Jena tagt, nahm einen Antrag an, jede Wertzuwachssteuer auf Grundbesitz solange zu bekämpfen, solange sie sich nicht auch auf alle anderen Vermögen erstrecke. — Die Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender stimmte dem folgenden Antrage zu: „Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, beim Reichstage eine Aenderung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes in dem Sinne zu beantragen, daß für sämtliche Detailbetriebe eine eigene Unfall-Berufsgenossenschaft geschaffen wird, in welcher die Mitglieder für alle im Geschäftsbetriebe sich ereignenden Unfälle als versichert gelten." Sodann wurde eine Resolution über die Besteuerung der Filialen angenommen, die eine fortschreitende Besteuerung jeder Zweigniederlassung nach dem Umsatze verlangt. — Der diesjährigen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen wird ein Antrag auf Beseitigung der lästigen Formalitäten bei Fahrtunterbrechungen unterbreitet werden. — Ein „Bund jüdischer Akademiker" ist auf einer Studenten-Konferenz in Berlin, an der auch Vertreter der jüdischen Studenten Münchens, Straßburgs usw. teilnahmen, ins Leben gerufen worden. Der Bund soll, nach den Satzungen, „zur Abwehr aller das Wesen des Judentums bedrohenden Tagesströmungen dienen". — Die Dampfergesellschaften in Stade, welche den Verkehr von Hamburg nach Blankenese vermitteln, haben den „Berliner Neuesten Nachrichten" zufolge zur Umgehung der Fahrkartensteuer das Retourbillet für 0.80 Mk. in zwei Billets zu 0.40 Mk. zerlegt. Ebenso liegt die Sache bei den Dampferfahrten von Hamburg nach Harburg. — Der „Elsässer" in Straßburg gibt angesichts der bevorstehenden Wahlen, unter Hinweis auf die liberale Blockpolitik im Elsaß die Parole aus, daß die Zentrumspartei in Zukunft den reichsländischen Liberalen nicht mehr gegen die Sozialisten helfen werde. — Aus Tiflis kommen Meldungen über ernste Kämpfe der Tartaren mit den russischen Truppen. — Die Türkei bereitet eine militärische Expedition nach Djanet vor. Französischerseits wird ebenfalls eine Expedition ausgerüstet und man nimmt an, daß die französische vor der türkischen in Dianet eintrifft.

Ausland.

Das Wahlrecht für die Frauen erobert! Aus Rom wird dem „Vorwärts" gemeldet: Das Appellationsgericht von Ancona, bei dem von zuständiger Seite Berufung eingelegt worden war „gegen die Eintragung von Frauen in die politischen Wählerlisten" hat zu Gunsten dieser Eintragung entschieden. Zehn Frauen der Provinz hatten unter Darlegung der vom Gesetze geforderten Requisiten bei der Provinzialkommission die Eintragung beantragt und erhalten. Das Appellationsgericht hat diese nun bestätigt und in seinem Entscheide begründet. Es heißt darin, daß die Frage nur vom rein juristischen Standpunkt erwogen und entschieden werden dürfe. Der Artikel 24 der Verfassung spreche von der Gleichheit aller politischen Rechte der „Staatsangehörigen des Königreichs" (regnicoli) und enthalte kein Wort von der Ausschließung der Frauen. Was aber nicht ausdrücklich gesagt sei, dürfe man nicht in ein Gesetz hinein interpretieren. Alle politischen Grundrechte — persönliche Freiheit, Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht — sind beiden Geschlechtern gemein. Wenn die Verfassung für das politische Wahlrecht eine Ausnahme machen wollte, so mußte dies ausdrücklich gesagt werden, wie dies im Gesetz über das kommunale Wahlrecht geschieht. Gesetze seien in der Weise zu interpretieren, die dem Geist der Zeit am besten entspricht; im Zweifelsfalle sei die freisinnigste Auslegung am Platze. Auch sei das Wahlrecht als ein natürliches Recht jedes Menschen anzusehen. — Eine, an preußisch-deutschen Verhältnissen gemessen, ungemein vernünftige Auffassung!

Vom Wahnsinn der Flotten-Rüstungen. Ein Pariser Blatt, der „Petit Parisien", erklärt in einer kritischen Betrachtung über die großen französischen Seemanöver, daß die Unterseeboote das Todesurteil für die Schlachtschiffe bedeuteten. Man werde jetzt vorwiegend Unterseeboote bauen. Frankreich werde durch seine Unterbootflottille sowohl seine heimatlichen Küsten wie die seiner Kolonien genügend schützen können, und mehr wolle es auch nicht, da es nicht die Vorherrschaft zur See anstrebe. Panzerschiffe seien für das Budget verderblich, ohne im Kriege sich als nützlich zu erweisen. Wenige Unterseeboote genügten, um eine ganz gewaltige Flotte an einer Annäherung an Marseille zu verhindern. So könnte beispielsweise das ganze englische Mittelmeergeschwader durch zehn Unterseeboote vollständig zerstört werden.

Trotzdem aber gehen alle Staaten und Deutschland an der Spitze, unzählige Millionen für die „verderblichen" großen Schlachtschiffe aus! Wir haben es ja dazu! Und die Steuerzahler lassen sichs einstweilen immer noch gefallen!

Das neue Streikgesetz, welches das englische Parlament in der vorigen Woche angenommen hat, enthält als wichtigste Bestimmung die, daß gegen einen Verein von Arbeitern oder Unternehmern oder gegen eines ihrer Mitglieder keine Klage auf Ersatz anhängig gemacht werden kann für irgend einen Schaden, der bei Handlungen im Interesse dieses Vereins entstanden ist. Das Streikpostenstehen wird ausdrücklich gestattet, jedoch nur, wenn es in „friedlicher und vernünftiger" Weise geschieht. Es liegt auf der Hand, daß der Zusatz „friedlich und vernünftig" allen Polizei-Schikanen Tür und Tor öffnet. Es haben denn auch hierüber heftige Debatten stattgefunden. Schließlich wurde die Beibehaltung der Klausel nur mit 127 gegen 122 Stimmen beschlossen. Alles in allem ein wesentlicher Fortschritt, welcher nur dem Umstande zu verdanken ist, daß seit den letzten Wahlen 30 Sozialdemokraten im Parlament sitzen und überdies 200 Liberale nur gegen ausdrückliche bindende Verpflichtungen mit Hilfe der Arbeiter gewählt worden sind.

Kleinstaat und Großmacht. Aus Sofia wird der „Leipziger Volkszeitung" gemeldet, daß unsere bulgarischen Genossen unter Mitwirkung des russischen Schriftstellers Koljabko-Koretzky eine Protestversammlung einberufen, die der russischen freiheitlichen Bewegung ihre Sympathien ausdrückte. Der offizielle Vertreter Rußlands reichte darüber bei der bulgarischen Regierung einen schriftlichen Protest ein und fragte, welche Maßregeln sie ergreifen werde, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholten. Die Regierung antwortete, daß sie **keinerlei Maßregeln** ergreifen werde, denn die Verfassung garantiere die vollste Versammlungsfreiheit.

So handelt die Regierung eines kleinen, von der russischen Regierung stark abhängigen Balkanstaates. Die Regierung des großmächtigen Deutschen Reiches aber weist russische Flüchtlinge als Schnorrer und Verschwörer aus und leckt des Henkerzaren blut- und schmutztriefende Stiefel!

Arbeitslosen-Krawalle in Kapland. Wie der „Tribuna" aus Kapstadt telegraphiert wird, haben tausende von arbeitslosen Europäern einen Aufruhr hervorgerufen, der sich von der Stadt in die Landdistrikte ausdehnt. Die Rebellen belagerten das Gouvernementsgebäude und verlangten vom Premierminister, daß sämtlichen Arbeitslosen von Staatswegen regelmäßige und lohnende Beschäftigung zugewiesen werde. Als ihre Forderungen unerfüllt blieben, unternahmen sie einen Run auf das Gouvernementsgebäude, plünderten die Läden aus und stießen eine große Zahl der Eigentümer nieder, die sich ihnen entgegenstellten. Waren im Werte von über 80,000 Mark wurden geraubt und zerstört. Es werden noch weitere Unruhen befürchtet. Die Polizei ist außerstande, die Aufrührer zu bewältigen. — Ueber weitere Aufstände, die sich im Oranjefreistaat abgespielt haben, erhält ein Liverpooler Handelshaus von privater Seite telegraphische Mitteilungen. Danach haben zwischen Eingeborenen und katholischen Missionaren heftige Kämpfe stattgefunden. Die Eingeborenen bombardierten das Missionsgebäude mit Steinen und anderen Geschossen, zertrümmerten die Scheiben der Nahrungsmittelmagazine und plünderten die Läden aus. Als die Polizei gegen die Aufrührer vorgehen wollte, entstand ein heftiger Straßenkampf, bei dem viele Weiße und Eingeborene getötet und schwer verwundet wurden. Endlich gelang es, der Aufrührer Herr zu werden, von denen die meisten hinter Schloß und Riegel gesetzt wurden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. August 1906.

Wie Preßprozesse entstehen.

Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß, sagt ein alter Sprichwort, und nach diesem Satze sind auch wirklich die meisten Menschen froh, wenn sie nicht erfahren, was andere Leute über sie angeblich oder auch wirklich Böses reden. Anders freilich denkt die Breslauer Staatsanwaltschaft. Wohl über hundert Meilen von Breslau waltet in Mannheim der dortige Stadtrat seines Amtes, und was die Breslauer „Volkswacht" über ihn schreibt, wird ihn deshalb sicher noch nicht heiß gemacht haben.

Da soll aber nach Ansicht der Breslauer Staatsanwaltschaft die böse „Volkswacht" in einer Kritik über das Verhalten des Stadtrats in der Parteitagsfrage diesen beleidigt haben. Wir haben uns zwar vergeblich bemüht, eine solche Beleidigung in den Spalten unseres Blattes zu entdecken, indessen der Staatsanwalt muß es wissen. Flugs setzte er sich hin und opferte einen Teil seiner Ferienmuße, indem er an den Mannheimer Stadtrat einen Schreibebrief losließ, um diesem mitzuteilen, daß er sich beleidigt zu fühlen habe. Nun liegt das Aktenstück in den Bureaus des Mannheimer Rathauses. Soweit wir aber unterrichtet sind, dürfte der Breslauer Staatsanwalt beim Mannheimer Stadtrat nicht das in Schlesien sonst gang und gäbe Entgegenkommen finden. Denn erst kürzlich hat der dortige Stadtrat es abgelehnt, gegen unser Mannheimer Bruderblatt Strafantrag zu stellen.

Aber man sieht auch an dieser Geschichte wieder einmal, wie Preßprozesse gemacht werden.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wer für die Monate April bis Juni 1906 noch keine Steuern gezahlt hat, aber

jährlich mehr als 660 Mark an Lohn verdient

— also wöchentlich etwa 13 Mark — muß selbst dem Magistrat sofort mitteilen, daß er Steuern zahlen will.

Der Arbeiter, der in Breslau keine Steuern zahlt,

erlangt nie das Stadtverordneten-Wahlrecht.

Aber gerade die werktätige Bevölkerung muß sich immer mehr um die Gemeindeangelegenheiten kümmern und Einfluß zu gewinnen suchen. Die Parole:

Erwerbt das Bürgerrecht,

d. h. beantragt Eure Heranziehung zur Steuer, wenn Ihr ein Einkommen von mehr als 660 Mark jährlich habt, darf deshalb auch in Breslau nicht mehr verstummen.

Anträge auf Besteuerung und Erwerbung der preußischen Staatsangehörigkeit werden im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße Nr. 5, 2. Etage, unentgeltlich angefertigt.

Warnung! Ein angeblicher russischer Flüchtling mit Namen Aron Zier macht sich in verschiedenen Orten, zuletzt in Dresden und Görlitz und nun auch hier in Breslau, an die Genossen und an die Partei beziehungsweise Gewerkschaftsorganisationen heran, um Geldbeträge für die Heimreise nach Rußland zu erbitten. Wir warnen nachdrücklich vor diesem Zier, da er ein Schwindler ist und bitten, falls er irgendwelche Parteilegitimationen aufweisen sollte, ihm dieselben abzunehmen.

Der praktische Wegweiser.

Scherl, der Zeitungskönig in Berlin, gibt sich alle erdenkliche Mühe, zum Herrscher über das Zeitungswesen ganz Deutschlands zu werden, allerdings mit Ausnahme der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftspresse. Gegenwärtig verfolgt er wieder einen neuen Plan.

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt zu diesem „Handel mit gedrucktem Papier" unter anderem: „Scherl hat den „Praktischen Wegweiser" in Würzburg mit seinen über 100,000 Beziehern des Titels wegen angekauft. Nun verankauft Scherl in allen größeren Städten — unseres Wissens auch in Breslau — Sonderausgaben eines „Praktischen Wegweisers", der mit dem Würzburger nur den Titel, ohne Stadtangabe, gemein hat und auch im Text ungefähr der Würzburger Stammausgabe entspricht, jedoch etwas mehr für städtisches Publikum zugeschnitten ist. Die Verbreitung geschieht auf möglichst billige Weise durch geringes Trägerpersonal, indem die Nummer kein Datum aufweist und vom Montag bis zum Sonnabend nach und nach den Beziehern zugestellt wird. Der Bezugspreis beträgt monatlich nur 10 Pfennig. Nun liegt die Befürchtung nahe, daß Scherl nach kürzerer oder längerer Frist, wenn das Blatt sich einmal zu Hunderttausenden eingebürgert hat, den Bezugspreis auf 20 Pfennig erhöht, davon aber zehn Pfennig als Spargroschen gutbringt. Auf diese Weise wird Scherl dann doch seine Volkssparkasse durchsetzen und unter Umständen dann auch das Blatt zu einer das ganze Reich umfassenden Provinzzeitung aus. Wie verlautet, soll Scherl ein Heer von Angestellten (etwa 50) hinter verschlossenen Türen für seinen neuen Plan arbeiten lassen. Bestimmt sei, daß jeder der betreffenden Angestellten verpflichtet sei, über die Art seiner Tätigkeit strengstes Stillschweigen zu beobachten.

Kennen Sie den „Praktischen Wegweiser"-Würzburg? Ein harmloses Wochenblättchen, nicht wahr?, das seit einem Jahre in allen Orten erst gratis, dann fast umsonst verteilt wird. Vor einem Jahre hat Scherl das Blatt gekauft. In aller Stille hat er — zum Teil mit Hilfe vertrauensseliger Verleger — in ganz Deutschland eine gewaltige Organisation geschaffen. Heute ist die Abonnentenzahl (verbürgt) auf 820,000 Abonnenten gestiegen; zum 1. Oktober wird die erste Million überschritten sein. Von da ab wird der Inseratenpreis erhöht. Damit wird das auf anderem Wege vergeblich ersehnte Inseratenmonopol endlich verwirklicht. Erst später kommt das tägliche Erscheinen des inzwischen in eine „unparteiische" Tageszeitung umgewandelten Blattes, der „Deutsche Lokalanzeiger".

Mit dem erforderlichen Geld — und davon fehlt es nicht — kann man schon einige Jahre lang Geld zusetzen, bis alles im Weg Stehende ausgehungert ist; dann erst kommt die Monopolschraube, die alles zehnfach wieder einbringt. Der Würzburger „Wegweiser" wird nicht in Würzburg, sondern in Berlin hergestellt bei Scherl. Dort sitzt die Hauptredaktion und der Hauptbetrieb, nicht in Würzburg. Achtet auf den „Wegweiser" und ihr werdet erfahren, wer und was noch dahinter steckt und — warum er sein wahres Gesicht verbirgt."

Auch die Arbeiterschaft von Breslau, der das Papier ebenfalls seit längerer Zeit ins Haus gebracht wird, hat alle Ursache, diese Mahnung zu beachten. Nicht einmal als Brotpapier ist dieser „Praktische Wegweiser" mit seinem öden, verdummenden Inhalt zu gebrauchen. Wenn irgend eine Gesellschaftsschicht die Kraft besitzt, das Treiben Scherls, der sich zum Alleinherrscher der öffentlichen Meinung aufschwingen will, zu vereiteln, dann die Arbeiterschaft, die sich auch hier wieder einmal als die Retterin der gesamten Gesellschaft erweisen wird.

Noch ein zweites Erzeugnis der periodischen Schmutzpresse, mit dem jetzt wieder die Wohnungen der Arbeiterviertel überschwemmt werden, möge hier gleich Erwähnung finden: die Wochenschrift „Nach Feierabend". Verlag von Bernhard Weber in Leipzig. Was hinter diesem „Familienblatte" steckt, das wurde dieser Tage in einer Gerichtsverhandlung der Strafkammer in Halle a. S. trefflich beleuchtet. Zu einer Frau Sp. kam ein „Reisender", um sie für ein Abonnement auf die Wochenschrift „Nach Feierabend" zu überreden. Es gelang. Der Reisende bekommt für jeden neu eingefangenen Abonnenten, sobald dieser die Rolle unterschrieben hat, eine Mark Provision. Und der Buchhändler, von dem die Zeitschrift bezogen wird, erhält jährlich und fortlaufend drei Mark für jeden Abonnenten. Wer es also dahin bringt, als Buchhändler 1000 Abonnenten auf „Nach Feierabend" anzuwerben, kann jährlich fast mühelos den drallen Gewinn von 3000 Mark einstreichen. Die Buchhändler sind also durch die Wochenschrift „versichert", viel besser als die zahlenden Abonnenten. Der üppige Gewinn, der den Buchhändlern aus dem Vertrieb des „Feierabend" erblüht, weckt begreiflicherweise ihre gegenseitige Eifersucht, die auch der Grund zu der an sich weniger interessierenden Strafsache in der Verhandlung kamen aber noch Dinge zur Sprache, die ein Interesse für die Oeffentlichkeit haben. Unter anderem ist festgestellt worden, daß der Herstellungswert der einzelnen „Feierabend"-Nummer ganze zwei Pfennige beträgt. Da sie aber für zwanzig Pfennige verkauft wird, so entfallen achtzehn Pfennige auf die Betriebskosten, den Unternehmergewinn und die Versicherungssumme. Daß auch über die „Versicherung" mannigfache Klagen vorliegen, ist bekannt. Wir ersuchen unsere Leser, welche etwa auch hier in Breslau in dieser Beziehung schlimme Erfahrungen gemacht haben, uns von dem Tatbestand in Kenntnis setzen zu wollen.

Versammlungen und Vereine.

* **Eine öffentliche Versammlung** fand am Sonntag Vormittag im Kurgarten in Pöpelwitz statt, in der Genosse Neukirch über das Thema: „Warum muß der Arbeiter auch politisch organisiert sein?" Leider war der Besuch der Wichtigkeit des Themas nicht entsprechend, was aufs schärfste zu verurteilen ist; sind doch gerade sehr viele Arbeiter über die Wichtigkeit der politischen Organisation der Aufklärung sehr bedürftig. Seien doch in Breslau, wie Neukirch ausführte, von 25,000 Gewerkschaftlern nur 7200 im Sozialdemokratischen Verein. Redner machte auch auf die bevorstehenden Kommunalwahlen aufmerksam. Für Pöpelwitz sei im 28. Bezirk Neuwahl. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft möge zeigen, daß wir nicht nur an Zahl gewachsen sind, sondern daß wir auch Erfolge bei der Wahl verzeichnen können. Genosse Willner regte noch zu zahlreicher Beteiligung beim Boykott ebenso wie bei den Wahlen an und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

* **Eine öffentliche Volksversammlung** fand Dienstag Abend in der „Scala" statt. Es waren trotz des Unwetters ca. 250 Personen erschienen. Gen. Albert referierte über die Bedeutung der Politik für die Arbeiter. Einen besonderen Reiz erhielt die dem Referat folgende Diskussion dadurch, daß eine Frau an die vielen anwesenden Frauen warme, beherzigenswerte Worte richtete, die sichtlichen Eindruck machten. Einmütig versprachen hierauf die Anwesenden, sich eifrig über politische Vorgänge aufklären zu wollen und durch Werbung neuer Mitglieder für den sozialdemokratischen Verein und neuer Leser für die Volkswacht Einfluß und Macht zu erstreben.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Bau-Hilfsarbeiter!** Den Kollegen der Ohlauer Vorstadt, von Rotkretscham, Groß- und Klein-Tschansch zur Kenntnis, daß Mittwoch, den 8. d. Mts., eine Zusammenkunft der Mitglieder im Bezirkslokale Königgrätzerstraße, bei Thiel, stattfindet, da die Wahl eines Bezirkskassierers notwendig ist. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig. Die Ortsverwaltung.

* **Rammer und Hilfsarbeiter.** Da am Sonntag, den 12. August, ein allgemeiner Ausflug stattfindet, so fällt die Zahlstelle aus.

Aus Schlesien und Posen.

—e. **Schweidnitz,** 8. August. Wegen öffentlicher Beleidigung angeklagt war der frühere Inhaber des hiesigen Schuldeneinziehungsinstituts „Germania", Herr Willy N. aus Schweidnitz. Obiges Institut schickte an säumige Schuldner offene Karten mit dem Vermerk: „Zur freundlichen Erinnerung". Diese Praxis war auch einem hiesigen Handwerker gegenüber mehrere Male befolgt worden, wodurch sich derselbe beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, eine derartige Praxis sei auch bei anderen Instituten üblich, ohne daß in einem solchen Vorgehen eine Beleidigung gefunden worden sei. Tatsächlich kam der Gerichtshof nach erhobener Beweisaufnahme zu einem freisprechenden Urteil, während der Staatsanwalt diese Methode in scharfen Worten verurteilte und 100 Mark Geldstrafe und Publikationsbefugnis beantragt hatte.

—m. **Liegnitz,** 8. August. Der Konsumverein hielt am Montag im Gewerkschaftshause seine dritte ordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt gab Genosse Mohring den Geschäftsbericht per April-Juni. Der Umsatz in diesen drei Monaten betrug 13,426.64 Mark, das sind 5125.13 Mark mehr als im Vorjahre. Der Gesamtumsatz in den zehn Monaten des zweiten Geschäftsjahres beträgt im eigenen Geschäft 39,181.30 Mark, im Lieferantengeschäft 6022.50 Mark, zusammen 45,203.80 Mark oder 19,920.53 Mark mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Die Genossenschaft zählt jetzt 533 Mitglieder und besitzt zwei Verkaufsstellen. Nachdem die Wiederwahl des Kassierers und die Neuwahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern erfolgt ist, wird noch aufgefordert, recht rege für die Genossenschaft zu agitieren und ihr neue Mitglieder zuzuführen.

Neueste Nachrichten.

Neues aus Rußland.

Riga, 7. August. Auf einem hier liegenden Schulschiff sind 66 Mann verhaftet worden.

Petersburg, 7. August. Das an der Börse verbreitete Gerücht von der bevorstehenden Dimission Stolypins entbehrt jeder Begründung.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

7. und 8. August.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 18,1	+ 12,4	+ 12,2
Luftdruck bei 0° (mm)	747.1	747,4	750,1
Dampfdruck (mm)	11,3	9,6	8,2
Dampfsättigung (pCt.)	76	90	78
Wind (0—12)	NW 4	NW 4	NW 2
Wetter	wolkig	bedeckt	zieml. heiter

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Mittwoch, den 8. August.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Bdschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	13	NW 2	2	16	9	wolkig
Bartheu OS.	12	NW 2	7	17	9	"
Hadelschwerdt	12	NO 1	0	18	11	halbbedeckt
Schneekoppe	8	NW 5	8	5	2	Nebel
Görlitz	13	W 2	0	17	12	wolkig
Ostrowo	11	W 3	10	17	9	bedeckt

Plötzlich entriss der Tod am 6. August, abends 9 Uhr, den Fournier-Maschinen-Meister

Hugo Heinrich.

Seines stets treuen und offenherzigen Charakter wird in Ehren halten 3337

Das Gesamt-Arbeitspersonal der Fabrik Gebr. Bauer.

Vergnügungen.

Scala. Einziges überdachtes Sommer-Varietee, Nikolaistr. 27. Um den Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, sei nochmals darauf hingewiesen, daß tagsüber Billetts zu ermäßigten Preisen in den nachstehenden Zigarrengeschäften zu haben sind: Wolf, Tauentzienplatz; Krüger u. Oberbeck, am Kaiser Wilhelmdenkmal, Friedrich-Wilhelmstraße, Schmiedebrücke; Schwartze u. Müller, am Freiburger Bahnhof; Scholz, Freiburgerstraße, Ecke Graupenstraße; Ludwig, Blücherplatz; Wollstein, Neuschestraße; Friedmann, Carlsplatz; Steinberg, Friedrich-Wilhelmstraße; Schulz, Nikolaistraße; Franzke, Albrechtsstraße sowie im Verkehrsbüro Barasch.

* **Viktoria-Theater.** Heute neues Programm. Zum ersten Male „Kapitän Brandt". Serenissimus hat sich bereits verabschiedet und an Stelle des bunten Teiles tritt ein Kabarett, von den Hauptdarstellern des Ensembles veranstaltet. „Soll und Haben" erweist sich als derartig zugkräftig und heiter, daß diese Posse noch weiter auf dem Spielplane verbleibt. Anfang des Konzertes 7 Uhr, der Vorstellung präzise 8 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr im Theaterbureau sowie im Verkehrsbureau von Gebr. Barasch.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, 7. August.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen weiß, neuer	17.80	17.40	17.30	17.00	16.90	15.70
Weizen gelb, neuer	17.70	17.30	17.20	16.90	16.80	15.60
Roggen	14.50	13.90	13.80	13 60	13.50	13.30
Braugerste	15.00	14.60	14 50	14.00	—.—	—.—
Gerste	13.50	13.10	13.00	12.60	12.50	12.00
Hafer, alter	17.80	17.30	17.20	16.80	16.70	16.30
Hafer, neuer	15.00	14.60	14.50	14.30	14.20	13.80
Viktoria-Erbsen	19.50	18.50	17.50	16.50	15.50	14.50
Erbsen	18.00	17.50	16.30	15.50	14.50	14.00

Heu pro 50 Kilogramm 2.10—2.40 Mk.
Stroh, pro Schock 24.00—26.00 Mk.
Winterraps 25.50—24.00—22.00 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl Sack brutto, Weizenmehl 00 ruhig, 24.75—25.25 Mk. Roggenmehl 00 matt, 21.00—21.50 Mk. Roggen-Hausbacken matt, 20.50—21.00 Mark. Roggen-Futtermehl fest, 10.50 bis 10.75 Mk. Weizenkleie fest, 10.25—10.50 Mk.

Gewerkschafts-Kartell.
Vorsitzender: Paul Seppner, Kurzegasse 53/55.
Kassierer: R. Peterhansel.

Briefkasten.

A. H., Altwasser. Können wir nicht veröffentlichen, damit würden Sie sich nur selbst schädigen.

G. B., Kreuzburg OS. Aus den zwei Briefen vermögen wir uns ein Bild der Sache nicht zu machen.

F. B., Gottesberg. Die Polizei hat kein Recht, einem Gastwirt deshalb die Polizeistunde für sein Lokal zu kürzen, weil bei ihm ein bekannter Genosse logierte. Führen Sie gegen die Polizeiverwaltung beim Landrat Beschwerde.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19.
Sprechstd. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 8. August:

Schmiedeverband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sonnabend, den 11. August:

Handschuhmacher-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8½ Uhr. Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 12. August:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Vormittags 10½ Uhr im großen Saale.

Müller. Mitglieder-Versammlung. Nachmittags 4 Uhr im großen Saale.

Montag, den 13. August:

Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 6.

Freitag, den 10. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Wichtige Besprechung über den geplanten Familien-Ausflug.

Distrikt 8 (Obertor).

Donnerstag, den 9. August, Abends 7¼ Uhr: Ausgabe der Flugblätter. Jeder Bezirksführer hat zu erscheinen.

Distrikt 17.

Bezirk 7. Donnerstag, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft Lohestraße 77.

Land-Distrikt 1.

Bezirke Oswitz 1. u. 2. Freitag, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller Parteigenossen im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 2 (Stabelwitz, Herrnprotsch und Marschwitz).
Sonntag, den 12. August, Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft der Genossen im bekannten Lokal.

Distrikt Lissa.

Sonntag, den 12. August, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Genossen, Zahltag und Besprechung über einen Ausflug im bekannten Lokal.

Neustadt OS. **Wahlverein.** Sonnabend, den 11. August, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Aus der Geschäftswelt.

Ist Kaffee ein Nahrungs- oder Genußmittel? Bohnenkaffee hat bekanntlich keinen Nährwert, wirkt vielmehr durch seinen Coffeingehalt stark reizend und daher bei dauerndem Genuß nachteilig auf das Nervensystem. Besonders schädlich ist der Bohnenkaffee für Kinder, Rekonvaleszenten, Nervenschwache, sowie für Herz- und Magenleidende. Den denkbar besten Ersatz für Bohnenkaffee bietet Seeligs kandierter Kornkaffee. Dieser Kaffee wird nach eigenem Verfahren hergestellt und zeichnet sich durch kräftigen, aromatischen Geschmack, sowie hohen Nährwert aus, ohne die gesundheitsschädigenden Eigenschaften des Bohnenkaffees zu besitzen. Diese bedeutenden Vorzüge namentlich vor den bekannteren nichtkandierten Malzkaffees dürften die sparsame Hausfrau zu einem Versuch veranlassen und sei deshalb darauf hingewiesen, daß Seeligs kandierter Kornkaffee (nur in geschlossenen Paketen) in den besseren Lebensmittelgeschäften erhältlich ist.

Kostenfreie Proben und Niederlagenverzeichnis erhält man auf Anfrage bei den Fabrikanten Emil Seelig A.-G., Heilbronn.

Verantwortlicher Redakteur: **Ludwig Radlof.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage

Ich empfehle:

Lose: der Königsberger Geld-Lotterie à 3 Mark Porto und Liste 30 Pfg. extra. **Ziehung 20.—22. August.** 3379
Hauptgewinne: 75 000, 20 000, 10 000, 5 000, 5×2000, 10×1000 u. s. w.

Lose: der Wohltätigkeits-Geld-Lotterie des Deutschen Flotten-Vereins **à 1 Mark** Porto und Liste 30 Pfg. extra. **Ziehung 14. und 15. September.**
Hauptgewinne: 20 000, 15 000, 10 000, 3×1000, 4×500 Mark bar Geld.

Lose: der Wohlauer Kirchenbau-Lotterie à 1 Mark Porto und Liste 30 Pfg. extra. **Ziehung 15. und 16. August.**
Hauptgewinne: 10 000 2000, 1000 2×500 Mark u. s. w. Die Gewinne bezahle mit 90% bar.

B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom Schweidnitzer Keller **Spezial-Lotterie-, Bank-Geschäft und Münzenhandlung.**

Am 5. d. Mts. verschied unser Mitglied
Max Vogt. 3000
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Der Sozialdemokratische Verein für Breslau und Umgegend.

Todes-Anzeige.
Am 5. August verschied plötzlich durch Ertrinken beim Baden in der Oder unser Mitglied, Kollege
Franz Psiorz
im blühenden Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau u. Umgegend des Verbandes der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause Schiesswerderstrasse 44. 3385

Ohlau.
Bauhilfs- und Erdarbeiter
Sonntag, den 12. August cr.:
1. Stiftungsfest
verbunden mit [3380
Konzert, turnerischen Aufführungen und Tanz,
wozu ergebenst einladet
Der Vorstand.

Möbel zur Ausstattung
spottbillig. Ganze Einrichtungen und einzelne Stücke. Große Auswahl. Schränke, Vertikows, Sofas, Garnituren, Bettstellen, Spiegel sowie Küchenmöbel. 2707
Scheuermann, Matthiasstr. 45.

Alles trinkt
Goldblondchen
oder
Herzblättchen 3199
beste, alkoholfreie Erfrischungsgetränke
ausgezeichnet mit goldenen Medaillen und Ehrenpreisen.
B. Czaya, Biergrosshandlung,
Breslau, Neue Kirchstrasse 9.
Fernsprecher 303. Fernsprecher 303.
Ueberall erhältlich.

Breslauer Sommer-Theater
(Liebichs Etabl.) Dir.: Erich Ziegel
Mittwoch, den 8. August:
Drei Erlebnisse eines englischen Detektivs.
Komödie i. 3 Akt. v. Franz v. Schönthan.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: **Reindel.**

Victoria-Theater
(Zimmenauer Garten).
Gastspiel
Folies Caprice
aus
Berlin.
Anfang präzise 8 Uhr.

Achtung! Rammer und Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 12. August: **Gemeinschaftlicher Ausflug nach Klein-Masselwitz.**
Treffpunkt: Königsbrücke. Abfahrt des ersten Dampfers früh 8 Uhr. Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Bei ungünstiger Witterung findet der Ausflug nächsten Sonntag statt. [3386] **Der Vorstand.**

Poliklinik für arme Augenkranke
Kupferschmiedestraße Nr. 48. 3382
Sprechstunden bis auf Weiteres von 5 bis 6 Uhr.

Schürzennäherinnen
nur auf bessere Fassons, können sich mit Probearbeit melden. Beschäftigung dauernd; **hohe Arbeitslöhne.** [3378
Berthold Glaser, Gartenstraße 21.

SCALA
Einzig überd. Sommer-Varieté
Nikolaistrasse 27.
Trotz des Riesen-Monstre-Programms
14 Attraktionen
bleiben die
Volksvorstellungen
Mittwochs u. Freitags.
Billets dazu nur im Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistr. und in der Volksbuchh.
Reservierter Platz 10 Pfg.

Zeltgarten
Dir. H. Kreinsik.
Täglich
Gala-Künstler-Vorstellung
Weltstadt-Programm
u. a.
Franz Steidler,
der beste Ventriloquist.
Hasson u. Miss Jenny,
sensationelle Kugelläufer.
Heinrich Sacher,
Wiener Humorist.
Entree 10 Pf.,
Reserviert 20 Pfg.

Palmengarten.
Dir. H. Kreinsik.
Das neue Wiener Damen-Orchester „Semiramis".
Entree frei.

Dr. Karpel
wohnt jetzt 3381
Friedrich-Wilhelmstrasse 34, 1. Etg

Lehrmädchen z. f. Damenschneiderei m. f. Breitestr. 59, 1 Treppe b. Kuntzewitz. [3375

„Geld auf Pfänder im Leihamt" Trebnitzerstr. 5 [3361] Beck.

Große rein überseeische **6 Pf.-Zigarre,** Mk. 1.90 pro 50 Stück, Neue Taschenstraße 1a, linker Aufgang, 1. Etage links. 3233

Ich kaufe gebr. Möbel, Schränke, Kommoden, Bettstellen, Sofas, Kinderwagen, ganze Wohnungs-Einrichtung, gegen sofortige Zahlung. [3384
Wahler, Gartenstraße 36.

Gebr. billige Möbel, Bettstell., Ausziehtische, Spieg., Kommod., Sofas, Schränke, ganze Stuben-Einrichtung, z. 20, 30, 50 Mk. z. verk. Friedrichstraße 66, a. Louisenplatz. 3385

Buchhandlung Volkswacht.
Julius-Lexikon von Em. Wurm, 101 Hefte à . . 0.20

Dominikaner.
Täglich:
Damen-Ringkampf-Konkurrenz u. Lutz-Romberti-Ensemble.
Anfang 7½ Uhr.
Entree 30 Pf. — Reserviert 50 Pf.

Zahn-Arzt Alfred Freund
Ring 48, Naschmarkt-Seite. 3292
Gebisse: Zahn 1.50 Mark.
Umarbeitung Zahn 1 Mark.
Schmerzlos. Zahnziehen, Plomben 1 Mk.
Sprechzeit früh 8 bis abends 8 Uhr.
Sonntags 8—2 Uhr. Teilzahlung.

Zurückgekehrt
Dr. Emil Schlesinger
Tauentzienstr. 44. [3373

Auf Kredit!!
Möbel
Anzüge, Ueberzieher
Knaben-Anzüge
Damen-Garderobe
Kleiderstoffe
Gardinen, Teppiche
Uhren, Regulatoren
Kinderwagen.
Geringste Anzahlung.
Abzahlung von 1 Mark wöchentlich an.
S. Osswald
Schuhbrücke 74, I., II. u. IV.
an der Magdalenenkirche 3377

Beilage zu Nr. 183 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 9. August 1906.

Zar — Börse — Presse.

Nicht bloß einzelne Menschen, sondern auch ganze Staaten leben von ihren Schulden. Der geistreiche Balzac, der in seinem Mercadet den Typus des schuldenmachenden kapitalistischen Abenteurers geschaffen hat, läßt einen Helden sagen, es gäbe wenige Menschen, deren Leben und Schicksal mit so zärtlicher Sorgfalt bewacht würde, wie das seinige. So kann auch der Zar von sich sagen, daß in Europa tausende von Augen sein Schicksal mit zärtlicher Anteilnahme verfolgen. Die Gläubiger des heiligen Rußland setzen alle ihre Hoffnung auf seine Gläubigen; die russische Rechtgläubigkeit und der Zarenpatriotismus sind Religion und Gesinnung der Rente. Die Franzosen und Deutschen, die ihren Kapitalreichtum unvorsichtigerweise und von der hohen Verzinsung angelockt in russischen Papieren anlegten, sind jetzt vielleicht die einzigen Menschen auf dem Erdball, die „wahrhaft russische Leute“ heißen dürfen.

Als vor zwei Wochen die Nachricht von der plötzlich erfolgten Auflösung der Duma die heftigste Aufregung hervorrief und ein Teil der Gläubigen das Ende, nämlich das Ende der russischen Zinszahlungen, bereits gekommen glaubte, geberdete sich ein Teil der Kapitalistenpresse Europas wildrevolutionär, und in einem großen französischen Blatte konnte man damals die Wahrheit lesen, das heißt jene Wahrheit, die der wirklichen Stimmung der Rentenbesitzer entsprach. Der Zar habe an seinen Gläubigern als ein Betrüger gehandelt, so las man da. Das war der schlimmste Vorwurf, zu dem sich die idealistische Freiheitsliebe eines großen republikanischen Blattes — es war der „Temps“ — erheben konnte. Nicht das heroische Leiden eines Hundertmillionenvolkes, nicht die an armen unterdrückten Menschen verübten Schändlichkeiten, nicht Treulosigkeit, Eidbruch, Verrat — sondern die befürchtete Verletzung privatkapitalistischer Verpflichtungen, die Angst um den Geldsack erweckte leidenschaftliche Ausbrüche pathetischer Entrüstung. Es gab aber auch andere Kapitalistenblätter, vornehmlich deutsche, die ihre Taktik ganz anders einrichteten, und mit dieser Taktik auch bis jetzt siegreich blieben. Sie priesen das Staatsstreichministerium Stolypin als das Ministerium der rettenden Tat, das heißt der Tat, welche die russische Rente rettete und legten ihre Berichterstattung planmäßig darauf an, die Fortschritte der Revolution als möglichst unbedeutend, die Erfolge der Kontrerevolution als möglichst groß erscheinen zu lassen. Nach dieser Methode haben auch „liberale“ Blätter, unter ihnen das „entschieden liberale“ „Berliner Tageblatt“ das allererdenkliche geleistet. Während beispielsweise die „Vossische Zeitung“, die den Schwindel nicht mitmacht, feststellt, daß die Meutereien von Sveaborg und Kronstadt viel bedeutender gewesen seien als jene der Schwarzen Meer-Flotte, die im vorigen Jahre so ungeheures Aufsehen machte, beeilte sich das „Tageblatt“ zu gleicher Zeit seine Leser nun dahin zu beruhigen, daß diese Meutereien „mit einem völligen Fiasko“ geendet hätten. Hier wie an zahlreichen andern Stellen merkt man deutlich, daß die bürgerliche Berichterstattung sich mehr und mehr auf die Bedürfnisse der Kontrerevolution und des mit ihr verbündeten Bankenkonsortiums einzurichten beginnt.

Den Zweck dieses Vorgehens kann man mit vollständiger Klarheit aus dem Börsenbericht des Scherl'schen „Tag“ vom letzten Montag ersehen, in dem es heißt:

> Die blutige Unterdrückung des finnländischen und Kronstädter Aufstandes, die sich jetzt in **Massenexekutionen** der Meuterer zu erkennen gibt, **belebt wieder die Hoffnung der Geschäftswelt**, daß es der russischen Regierung doch noch gelingen dürfte, der Revolution Herr zu werden. Diese Auffassung äußerte sich sofort bei der Eröffnung des Geschäftes in einer **merklichen Erhöhung der russischen Anleihepreise**.

Die Menschen fallen und die Renten steigen! Der Massenmord belebt das Geschäft! Wenn der Zar seinen Gläubigern Blut zu trinken gibt, so beruhigen sie sich und beginnen wieder, den „Betrüger“ hochleben zu lassen. Was kann die Folge davon sein? Nur diese, daß die Bande von Peterhof neue Zuversicht gewinnt und hoffen lernt, durch die Erschießung von abermals hundert Menschen ihren europäischen Kredit weiter zu steigern und den Rentenkurs nochmals um ein halbes Prozent in die Höhe zu treiben! Von menschlichem Standpunkt betrachtet, erscheint das alles wie gräßlicher Wahnwitz, vom kapitalistischen ist es weiter nichts, als logisch — und nur eines wird dabei vergessen, daß auch die kapitalistische Logik ihre Grenze findet an den Tatsachen einer revolutionären Entwicklung, die mehr darauf bedacht ist, die geschändeten Rechte der Menschen wiederherzustellen, als fällige Coupons richtig einzulösen. Vorzeitig und unvorsichtig zeigt sich der Kapitalismus in seiner unverhüllten Gestalt, als der Genosse von Mördern, als der internationale Feind aller Völker der Welt!

F. St.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 7. August 1906.

2. Verhandlungstag.

Als Vertreter der Generalkommission ist Sassenbach-Berlin erschienen.

Von verschiedenen Rednern wird die Verkleinerung der Gaue befürwortet. Nachdem ca. 40 Delegierte zu diesem Punkt gesprochen haben, erfolgen einige persönliche Bemerkungen. Beschlossen wird, die Anträge auf Anstellung von mehreren Beamten (Gauleitern und Ortsbeamten) einer Kommission zu überweisen.

Der Antrag Köln, der Vorstand hat alljährlich ein Handbuch, welches über Lohnkämpfe und Fortschritte, die auf gewerkschaftlichem Gebiete errungen sind, herauszugeben, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Weiter wird beschlossen, daß die Zahlstellen die ausgeschriebene Extrasteuer bis Oktober dieses Jahres einzusenden haben.

Es erfolgt sodann der Kassenbericht, der die Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1906 umfaßt, der Kassierer Bruns erläutert denselben. (Die „Volkswacht“ hat die wichtigsten Posten darin bereits mitgeteilt.)

Für die Revisions-Kommission berichtet Stille-Bergedorf. Redner gibt Auskunft über die vorgenommenen Kassen-Revisionen und über die Anlegung des Verbandsvermögens. Er wünscht, daß Vorstand und Ausschuß die Kassenführung übersichtlicher gestalten möge. Es wird demgemäß beschlossen.

Der Bericht des Ausschusses liegt ebenfalls schriftlich vor. Der Vorsitzende desselben ist durch Krankheit seiner Frau verhindert, persönlich auf dem Verbandstag zu erscheinen. Hierauf wird dem Vorstand und Ausschuß Decharge erteilt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen“ ist bereits beim Vorstandsbericht genugsam erörtert und gilt daher als erledigt. Die weiteren diesbezüglichen Maßnahmen sollen in einer Resolution bei Beratung des Streikreglements festgelegt werden.

Arbeiterbewegung.

Zum Kampf der Lithographen und Steindrucker wird uns geschrieben: Der Streik respektive die Aussperrung währet nun bereits die 16. respektive die 9. Woche, jede Woche sind mindestens 65,000 Mark Streikunterstützung nötig, so daß zur Zeit neben 100,000 Mark Streikunterstützung vor der Aussperrung insgesamt 685,000 Mark Unterstützung verausgabt wurden. Wohl haben bereits einige Firmen die Aussperrung zurückgezogen und sind aus dem Schutzverband ausgetreten, doch sind infolge verweigerter Streikarbeit wieder eine Reihe Streikender hinzugekommen, so daß sich die Zahl der Streikenden gleichbleibt. Unsere Mitglieder zahlen die Extrasteuer von 1, 2, 3 bis 5 Mark wöchentlich zwar regelmäßig, doch können wir unmöglich für unsere 4000 Streikende und Ausgesperrte die Mittel allein aufbringen. Es kommt hinzu, daß von der öffentlichen Sammlung noch ein Fünftel der Gelder den mitausgesperrten Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeitern zufällt respektive deren Verband zur Auszahlung überwiesen wird.

Die Ursachen des Kampfes sind ja meist bekannt, doch sei hier noch darauf hingewiesen, daß unsere Mitglieder in den Städten Breslau, Chemnitz und Hannover Forderungen stellten, welche die Arbeitgeber ablehnten; es kam alsdann zu Teilaussperrungen in Bremen und Braunschweig, unter dem Hinweis: „Austritt aus dem Senefelder-Bund“. Unsere Kollegen lehnten dies Verlangen nicht nur einmütig ab, sondern es traten einige uns noch Fernstehende dem Senefelderbund bei; hierauf erfolgte Kündigung sämtlicher Mitglieder in diesen Städten. Da unsere Organisation infolge der Verschmelzung mit dem Senefelderbund nahezu 90 Prozent Organisierter umfaßt, blieb diese Maßnahme der Unternehmer wirkungslos.

Die Unternehmer griffen alsdann zu weiteren Maßnahmen und erklärten, 8000 Mitglieder aussperren zu wollen, wenn die Arbeit nicht bedingungslos in den Streikorten aufgenommen wird; jede Verhandlung wegen der aufgestellten Bedingungen wurde abgelehnt. Wer bedingungslos zur Arbeit zurückkehrt und aus dem Senefelderbund austritt, konnte weiter arbeiten. — So die Parole des Schutzverbandes! — Nichts brachte unsere Kollegen ins Wanken, und so erfolgte zum 2. Juni in 32 weiteren Städten die Kündigung unserer Mitglieder, in der Zahl von rund 4000 inklusive der bereits streikenden Kollegen.

Während der Zeit dieser letzteren Kündigungen brachten es 31 Mitglieder, welche infolge der Verschmelzung zwangsweise der Organisation zugeführt wurden, fertig, unsere Gewerkschaftskasse gerichtlich sperren zu lassen. Schon ehe die gerichtliche Sperre ausgesprochen, wußten die Unternehmer von diesem neuen gegen uns geführten Streich und schon zwei Stunden nach der gerichtlichen Sperre der Gewerkschaftskasse suchten die Unternehmer unsere nun in Kündigung und im Streik stehenden Kollegen von uns abzuschrecken. Jedoch zog diese Maßregelung nicht, unsere Kollegen blieben einmütig standhaft, ja wir können sagen, unsre Mitglieder wurden durch diese schändlichen Maßnahmen noch standhafter als zuvor. Eine am 30. Juli stattgefundene Sitzung mit Vertretern der größeren Streikorte lehnte einstimmig die Aufnahme der Arbeit ab, weil nicht einmal in den Streikorten eine bestimmte Zusage in der Lohnzulage, Lehrlingswesen 2c. gemacht ist.

Werte Genossen! Wir bedürfen deshalb der Hilfe dringend, um endgültig als Sieger aus diesem, uns aufgezwungenen Kampfe hervorzugehen und hoffen auf allgemeine und weitgehendste Unterstützung.

Zahlen beweisen! Die „gehobene Lebenslage der Arbeiter“ muß bekanntlich vielfach zur Rechtfertigung der Ausplünderungspolitik unsrer Steuererfinder, Brot- und Fleischwucherer herhalten. Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für das letztvergangene Jahr geht nun hervor, daß der Durchschnittslohn in Sektion I (Berlin) im Berichtsjahre um zwei Mark niedriger war als im vorhergegangenen Jahre. Er betrug im Jahre 1904 1229 Mark, in 1905 aber nur 1227 Mark. Da die wichtigsten Konsumartikel des Arbeiters sich im Jahre 1905 gegenüber dem Vorjahre teilweise sehr wesentlich verteuert haben und seitdem die Zollerhöhungen und die neuen Steuergesetze in Kraft getreten sind, so läßt sich ermessen, wie sich in den letzten anderthalb Jahren die Lage weiter Arbeiterschichten anstatt sich zu heben noch verschlechtert hat.

Die Berliner Schneider werden sofort mit Beginn der bevorstehenden Herbstsaison den Kampf in der Herrendetailkonfektion erneut aufnehmen und für folgende Forderungen eintreten: 1. Sämtliche Maß- und Lagerkonfektion wird in eigenen, den modernen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Werkstätten hergestellt. 2. Die tägliche Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht übersteigen. 3. Der Mindesttagelohn beträgt für männliche Arbeiter 3.50 Mark, für Arbeiterinnen 2.50 Mark. 4. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist nur in ganz dringenden Fällen zulässig; Ueberstunden werden mit 25 pCt., Sonntagsarbeit mit 50 pCt. Aufschlag bezahlt. 5. Sämtliche Arbeitsgeräte und Fournituren sind vom Arbeitgeber zu liefern.

Originelle Folgen eines Streiks. Der Metallarbeiterstreik in der Automobilfabrik von Arbenz u. Cie. in Albisrieden bei Zürich hat insofern eine überraschende und interessante Wendung erfahren, als eine neue Konkurrenzfirma in Zürich 44 Streikende einstellte, so daß deren nur noch 3 im Streik verharren. Diese Wegnahme seiner tüchtigsten Arbeiter ist für den protzigen Arbenz der schwerste Schlag. Er mag nun mit seinen zirka 50 Streikbrechern — Handlanger, Bäcker, Metzger usw. —, die er mit dem Automobil und in militärischer Begleitung täglich spazieren fährt, weiter wurstein, er mag ihnen auch die höchsten Löhne bezahlen, neue Automobile aber kann er mit ihnen nicht fabrizieren. Durch die Einstellung der Streikenden seitens der Konkurrenzfirma sind auch die schwarzen Listen des Schweizerischen Maschinenindustriellen-Verbandes gegenstandslos geworden, nach denen sie erst nach Ablauf von zwei Jahren

Aus aller Welt.

Zu der Katastrophe des Dampfers „Sirio“ wird noch gemeldet, daß man glaubt, daß der deutsche und der englische Dampfer, die nach den Rettungsarbeiten weiterfuhren, noch eine größere Anzahl geretteter Personen an Bord haben. Ueber zweihundert Leichen wurden bisher geborgen. Unter den Ertrunkenen befindet sich auch der Benediktinerprior aus London, der spanische Komponist Hermoso und die spanische Sängerin Lola Millanes. Viele Gerettete wurden wahnsinnig. Ein englischer Benediktinerabt tröstete auf dem Dampfer seine Unglücksgefährten, bis er selbst von den Wellen verschlungen wurde. Der Kapitän, der nach amtlichen Meldungen nicht tot ist und 2 Offiziere wurden verhaftet.

Unter den Ueberlebenden des „Sirio“ befinden sich: 348 Italiener, 40 Spanier, 14 Araber, 10 Oesterreicher, 6 Orientalen, 4 Argentinier, 4 Brasilianer und 2 Montenegriner. Der Kapitän erklärt, daß der Felsen, auf den das Schiff auflief, auf seiner Karte nicht verzeichnet sei.

Aus Madrid wird unter dem 7. August gemeldet:

Heut wird ein Ministerrat zusammentreten, um einen Kredit zur Unterstützung der Opfer der „Sirio“-Katastrophe anzuweisen.

Zweifelhafte Geschlechtszugehörigkeit. Ein wohl noch niemals vorgekommener Fall, daß ein Vater ein neugeborenes Kind unbestimmten Geschlechts anmeldete, ereignete sich in der vergangenen Woche auf dem Standesamt zu Charlottenburg. Die Hebamme hatte das Kind anfänglich für ein Mädchen erklärt. Später fielen ihr aber wegen des ungewöhnlichen Befundes bezüglich der Geschlechtszugehörigkeit Zweifel auf. Sie riet daher, den auf diesem Gebiete als Sachverständigen bekannten Arzt Dr. Magnus Hirschfeld zur Begutachtung und Entscheidung, ob das Kind ein Mädchen oder ein Knabe sei, heranzuziehen. Dr. Hirschfeld stellte fest, daß sich das Geschlecht des Kindes zurzeit überhaupt nicht bestimmen lasse; er riet aber, aus praktischen Gründen, zumal äußerlich die männlichen Zeichen die weiblichen etwas überwogen, das Kind als Knaben zu erziehen und ihm einen Namen zu geben, den man leicht in einen weiblichen umwandeln kann, etwa Paul Martin. Der Standesbeamte war mit dem Vorschlage des Dr. Hirschfeld einverstanden und trug das Kind als Knaben mit dem Vornamen: Paul Martin in das Standesamtsregister ein. Da bei ähnlichen Bildungen die inneren Organe und die spätere Körper- und Geistesentwickelung einen weiblichen Charakter zeigen, so erklärte der Standesbeamte; nach vollendetem achtzehnten Lebensjahre müsse es der betreffenden Person frei stehen, zu entscheiden, ob sie den ihr beigelegten männlichen Namen weiterführen, oder in Paula Marta umwandeln wolle.

Einsturz eines Zirkus. Der Sturmwind hat in Eberswalde eine Katastrophe herbeigeführt. Auf einem freien Platze in der Nähe des dortigen Bahnhofes befindet sich seit einigen Tagen ein großer Zirkus. Gestern fand darin eine Nachmittagsvorstellung statt, zu der etwa 400 Zuschauer erschienen waren. Während der ersten Nummer wurde das Zelt durch einen starken Windstoß hochgehoben, der etwa 25 Zentner schwere Mittelmast, auf den sich die ganze Anlage stützte, gab nach, stürzte um und riß alle Seitenbalken und Abstützungen mit. Die Gewalt des Sturmes war so stark, daß die Zeltpfähle, die etwa 1½ Meter tief in der Erde standen, herausgerissen und in die Manege geschleudert wurden. Unter dem entsetzten Publikum entstand eine Panik. Alles flüchtete erschrocken nach den Ausgängen zu. Bei dem Gedränge erlitten mehrere Personen Verletzungen.

Die Tochter für 2 Mark 50 Pf. verkauft. Das Polizeigericht in Neath machte jüngst, wie aus London berichtet wird, die erstaunliche Entdeckung, daß ein englischer Arbeiter seine achtjährige Tochter für 2 Mark 50 Pf. an eine Zigeunerbande verkauft hatte. Die Polizei hatte das Kind den Zigeunern weggenommen und die Zigeunerin, die es mit sich führte, vor Gericht gestellt. Die Zigeunerin war aber vorsichtig genug gewesen, sich von dem Vater der Verkauften eine vollständige Verkaufsurkunde ausstellen zu lassen. Das Kind wurde einer Anstalt überwiesen.

Kampf mit Schutzleuten. Zwischen vier Kölner Schutzleuten und einer Anzahl von Zivilpersonen kam es Nachts zu erbitterten Kämpfen. Die Burschen nahmen den Schutzleuten die Säbel fort und zerbrachen sie. Beim Ringen um den Revolver, den ein Schutzmann zog, wurde ein 45jähriger Mann erschossen, der acht Kinder unversorgt hinterläßt.

Ein Kabel seltener Konstruktion wird durch den Simplontunnel gelegt. Es enthält sieben Doppelleitungen für Telephon und Telegraph zugleich, wobei jeder einfache Leitungsdraht als Telegraph benutzt werden kann, ohne daß das gleichzeitige Telephonieren dadurch irgendwo gestört wäre. Das Kabel, das eine telephonische Verbindung zwischen der Schweiz und Italien herstellt, wird 23 Kilometer lang. Das Gewicht beträgt 9100 Kilogramm auf einen Kilometer.

Die Feuersbrunst auf der Mailänder Ausstellung hat einen ungeheuren Schaden angerichtet, wie sich erst jetzt einigermaßen übersehen läßt. Er beträgt 15 Millionen Lire, von denen 6 Millionen die deutsche und 9 bis 10 Millionen die italienische Kunstindustrie betreffen; nur etwa die Hälfte der verbrannten Gegenstände scheint versichert gewesen zu sein. Der Vollzugsausschuß der Ausstellungskommission beschloß nach gemeinsamer Beratung mit dem Bürgermeister den sofortigen Wiederaufbau der Hallen für dekorative Kunst und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß alle Aussteller an der Wiedererrichtung dieses Teils der Ausstellung mitwirken werden.

Kleine Chronik. Der Barbier Gustav Rieger in Dornebburg, Kreis Stade, wurde in seiner Wohnung mit durchschnittener Kehle ermordet aufgefunden. Als Mörderin wurde die Ehefrau des Ermordeten verhaftet. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt. — Ein Eifersuchtsdrama im Straßenbahnwagen hat sich Sonnabend am frühen Morgen in der Nähe der Belle-Alliancestraße in Berlin abgespielt. Dort gab der frühere Feuerwehrmann Wilhelm Plez aus der Tulmstraße auf den Monteur Jentsch, der mit seiner Frau eben die Straßenbahn bestiegen hatte, zwei Revolverschüsse ab, die indessen nur leichte Verletzungen zur Folge hatten. Verschmähte Liebe zu der Frau des Monteurs war die Ursache des Attentats. — In Metz erschoß sich ein Gymnasiast, der Sohn des Gemeindeschullehrers Kiefer in Ars-Mosel, weil er bei der Versetzung von Sekunda nach Prima sitzen blieb. — Der 22jährige Bankbeamte Rolenstiel aus Halle (Saale) hat in einem hiesigen Bankhaus Blankoschecks gestohlen und fälschte diese mit 13,000 Mk., erhob das Geld bei der Reichsbank und entfloh damit. — Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist der Privatlehrer Pohl aus Freudenthal (Schlesien) vom Keilsgipfel abgestürzt und hat sich erheblich verletzt. — In Stettin wütet im Speicherviertel ein riesiger Lagerhausbrand. 10 Lagerschuppen liegen bereits in Asche. Auch zahlreiche andere Schuppen wurden vom Feuer ergriffen. Die über die Oder führende Eisenbahnbrücke ist stark gefährdet. Sämtliche Feuerwehren weilen am Brandorte. — Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Montreal, daß 50 Quadratmeilen des besten Waldbestandes von Britisch-Columbien in Brand stehen und völliger Vernichtung entgegengehen. Der Verlust wurde bis jetzt auf nahezu eine Million Dollars geschätzt.

Literatur.

* **Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum, Verlag: Paul Singer, Berlin.

Nur noch wenige Monate trennen uns von den diesjährigen Herbstgemeinde-Wahlen. Ueberall, wo unsere Parteigenossen die Absicht haben, sich daran zu beteiligen, sollten sie nicht versäumen, sich schon jetzt die „Kommunale Praxis“ anzuschaffen. Sie finden darin ein reichhaltiges und wertvolles Agitationsmaterial; aus der letzten Nummer heben wir z. B. den Artikel über die Schulkostenfreiheit [illegible] und einen anderen über das neue Fürsorgegesetz in Frankreich, der einen wichtigen Beitrag zur Reform der Armenpflege darstellt. Aber auch in den kürzeren Notizen werden mannigfache zweckdienliche Hinweise gegeben. Probenummern der Zeitschrift sind jederzeit gratis vom Verlag der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15, zu beziehen.

wieder von einer Verbandsfirma hätten eingestellt werden dürfen. Schließlich wird der Arbeng doch noch mit dem Metallarbeiterverband Frieden schließen müssen, damit die Sperre über seine Fabrik wieder aufgehoben wird und er tüchtige Arbeiter erhalten kann.

Der Streik der Tischler in Thorn ist zu Ende. Derselbe hat allerdings nicht alles gebracht was erhofft worden war. Im Vorjahre hatte die Bewegung nur 5 Tage gedauert und dann mit dem Abschluß eines Vertrages geendet, welcher 8 Pfg. Lohnerhöhung und Festsetzung eines Mindestlohnes von 30 Pfg. brachte. Für dieses Jahr war nun die Forderung auf 32 Pfg. Mindestlohn und für das erste Jahr eine Lohnerhöhung um 2 Pfg. und für das folgende Jahr um 3 Pfg. vorgesehen, der Vertrag sollte auf 2 Jahre abgeschlossen werden. Die Meister antworteten nicht eher als in den letzten Tagen vor dem Streik und kamen auch dann noch mit recht kranken Ausreden. Die Arbeit ist nun bei einer Lohnzulage um 2 Pfg. pro Stunde wieder aufgenommen worden. Der Vertrag ist indes nur auf acht Monate abgeschlossen worden. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so liegt dies hauptsächlich an der Feigheit der hiesigen Hirsche, die rasch wieder in Arbeit liefen, als sich das Gerücht verbreitete, es würden einige Streikbrecher anfangen. So sind es demnach die Hirsche selbst gewesen, die in ihrer Feigheit dem Streik das Genick umdrehten.

3000 griechische Arbeiter sind in den Bergwerken von Laurium in den Ausstand getreten. Man befürchtet Unruhen, die Truppen sind verstärkt worden.

Aus den Gerichtssälen.

„Versuchte Erpressung"

war dem Schneidermeister Oswald Haase in Breslau zur Last gelegt worden. Er hatte sich am Dienstag deshalb vor der Breslauer Ferienstrafkammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte das 14jährige Kind eines Bahnwärters aus Oswitz als Dienstmädchen zu sich genommen und dem Vater des Mädchen versprochen, während eines Jahres an Vaterstelle alle Sorge um das Kind zu übernehmen. Eines Tages war nun das Mädchen in ein hiesiges Konfektionsgeschäft liefern gegangen und dort von einer Schneiderfrau geschlagen worden. Haase war daraufhin nach der Wohnung des anderen Schneiders gegangen und hatte dort gesagt, der Vater des Kindes verlange sechs Mark Buße, andernfalls würde er die Frau verklagen. Dort wollte man aber von einer Buße nicht ohne weiteres etwas wissen, man wollte sich die Sache überlegen, eventuell mit dem Vater selbst verhandeln. Schließlich hat man dann den Haase wegen versuchter Erpressung zur Anzeige gebracht. Vor Gericht stellte sich zwar heraus, daß der Angeklagte nicht im Auftrage des Vaters gehandelt, vielmehr mit diesem überhaupt noch garnicht über den Vorfall gesprochen hatte, als er in dessen Namen die sechs Mark verlangte. Nach Lage der Sache nahm das Gericht indes an, daß ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seines Vorgehens gefehlt habe und erkannte auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt.

Wenn sich polnischer Donnerwetter deutsche Patriot beleidigt.

Eine Beleidigungsklage, die einen politischen Anstrich hat, kam vor dem Schöffengericht in Beuthen OS. zur Verhandlung. Gelegentlich der Gemeinde-Vertreterwahl in Chropaczow, als der Barbier Kalitta in die Gemeinde-Vertretung gewählt wurde, erkundigte sich der Rentier Kowollik jr. bei einigen Mitgliedern der Gemeindevertretung nach dem Ergebnis der Wahl. Wie er hörte, daß Kalitta in die Gemeindevertretung gewählt wurde, äußerte sich Kowollik in beleidigender Weise gegen Kalitta. Diesem wurde die Aeußerung hinterbracht und er stellte gegen Kowollik Strafantrag wegen Beleidigung. In der Verhandlung kam es zu einer Einigung. Kalitta verlangte, daß Kowollik eine Geldbuße von 70 Mark zahlt und da er Anhänger des Ostmarkenvereins ist, so sollten von diesem Gelde 30 Mark in die Kasse des Ostmarken-Vereins, 20 Mark der Chropaczower Feuerwehr, 10 Mark an den dortigen deutschen Turnverein und 10 Mark in die Kirchenkasse für die neu zu erbauende Kirche in Chropaczow fließen. Die Einigung wäre beinahe gescheitert, da Kowollik nicht zu bewegen war, die 30 Mark dem Ostmarkenverein zufließen zu lassen. Schließlich war er dafür, in die Kasse des Flottenvereins einen Betrag zu zahlen, womit sich Kalitta einverstanden erklärte.

Zum Kapitel Gesindesklaverei.

In geradezu infamer Weise hat der Gutsbesitzer Hermann Schlegel in Thumirnicht seinen kranken Knecht mißhandelt. Der arme Landproletarier hatte sich, weil er sich gar zu elend und krank fühlte, ins Bett gelegt. Am Morgen kam nun der Gutsbesitzer mit der Reitgerte zu dem Kranken, der, wissend, was ihm bevorstand, einen langen Korridor entlang rannte, um sich zu verstecken. Dort holte ihn sein „Herr" vor und prügelte den Kranken mit der Reitgerte. Der blutende Knecht lief in die Küche, um sich das Blut abzuwaschen. Kaum war er damit fertig, so wurde er von seinem Peiniger mit dem Kopfe gegen das Schlüsselbrett gestoßen und barbarisch mit dem dicken Ende der Reitgerte geschlagen, so lange, bis er sich bereit erklärte, Dünger zu fahren. Der Arzt, der den armen Menschen nach der Mißhandlung untersuchte, sagte vor Gericht aus: Die Verletzungen seien schauderhafte gewesen, Kopf und Beine waren voller Schwielen, der Rücken sei eine blutige Stelle gewesen; derartiges sei ihm in seiner Praxis noch nicht vorgekommen. Die Verletzungen hätten zwar an sich nicht tödlich wirken können, aber ohne ärztliche Hilfe hätte es sehr schlimm auslaufen können. Vor dem Schöffengericht in Colditz in Sachsen entschuldigte sich der rohe Gutsbesitzer damit, daß im vorigen Sommer eine Magd sich ins Bett gelegt habe, gerade als er die meiste Arbeit hatte. Außerdem habe er geglaubt, daß er in einem solchen Falle wie heute, noch eher vom Gericht unterstützt würde, als umgekehrt. Allerdings stutzte der Amtsrichter zuerst, indem er zu dem Angeklagten meinte: Es wäre schlimm, wenn das Gericht solche Roheiten noch unterstützen würde. Es sei keine Kunst, einen Menschen, der seine Arbeitskraft verkauft, schlimmer als ein Tier zu behandeln.

Bei solcher Auffassung des Amtsrichters wird nun jeder annehmen, daß die sächsische Gerechtigkeit mit der ganzen Strenge und Schwere des Gesetzes auf den Angeklagten herabsausen würde. Das geschah auch. Das Gericht verurteilte den rohen Patron wegen gefährlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges unter Anbilligung mildernder Umstände zu einer Woche Gefängnis. Gerechtigkeit!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. August.

Galizier entlaufen!
Gendarmen, Polizisten, haltet sie!

Nach den Ausführungen eines Breslauer Staatsanwalts in einer Schöffengerichtssitzung macht sich die fortgesetzte Flucht zahlreicher Ausländer von preußischen Gütern bereits als eine öffentliche Kalamität bemerkbar, und in der Tat haben die Behörden ihre schwere Not, um den Herren Junkern die vielleicht eben erst engagierten billigen Arbeitskräfte zu erhalten. Billig! Was nutzt die ganze Billigkeit, wenn die Galizier nicht mehr willig sind. Was nutzt es auch, daß sie nicht organisiert sind, was nutzt es, daß sie nach einem weisen Gesetz von 1854 nicht streiken dürfen, wenn sie dafür ganz fortlaufen. Doch die Organe des Junkerstaates wachen, und so leicht fällt es den Ausreißern nicht, sich der einmal übernommenen Pflicht als Arbeitsvieh zu entziehen. So befinden sich auch in der letzten Nummer des „Breslauer Kreisblattes", des Organs des hiesigen Landrats, wieder einmal zwei behördliche Anzeigen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Die auf dem den Schabow'schen Erben gehörigen Gute Opperau beschäftigt gewesenen Ausländer Michael Pizdom und Michael Kzlcinski haben sich von ihrer Arbeitsstätte unter Zurücklassung ihrer Pässe heimlich entfernt und sind bis heut nicht zurückgekehrt.

Die Orts- und Ortspolizeibehörden, sowie die Herren Gendarmen werden ersucht, nach den Entlaufenen Ermittelungen anzustellen und mir im Betretungsfalle sofort Mitteilung zu machen.

Breslau, den 28. Juli 1906."

* * *

„Die bei der Frau Gutsbesitzerin E. Unverzagt in Herrmannsdorf beschäftigt gewesenen Ausländer Johann und Anna Wilk aus Schenal (Galizien) haben ihre Arbeitsstätte unter Zurücklassung ihrer Legitimationspapiere heimlich verlassen und sind bis heut nicht zurückgekehrt.

Die Orts- und Ortspolizeibehörden, sowie die Herren Gendarmen werden angewiesen, nach den Entlaufenen Ermittelungen anzustellen und mir im Betretungsfalle sofort Mitteilung zu machen.

Breslau, den 28. Juli 1906."

Nun, hoffentlich gelingt es den „Orts- und Ortspolizei-Behörden und den Herren Gendarmen", die Flüchtlinge zu erhaschen, sonst wären die Schabow'schen Erben und die Frau Gutsbesitzer Unverzagt genötigt, für teures Geld einheimische Arbeiter zu engagieren, wodurch ihre Landwirtschaft noch mehr in Not geriete.

Wir selbst freilich würden uns diebisch freuen, wenn es den armen Teufeln gelänge, der Polizei und dem Landrat ein Schnippchen zu schlagen.

Herrn Bender zu ärgern,

zu keinem anderen Zwecke waren die Mitglieder des „sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes am Dienstag Abend in der Scala zusammengekommen. Das wollen freilich diese verbohrten Gefolgsgenossen Mehrleins und die Roten nicht einsehen, sie sind naiv genug, sich vorreden zu lassen, es sei ihr gutes Recht, gegen die Unterstellungen in dem bekannten Magistratsukas über die Koalitionsfreiheit der städtischen Arbeiter Protest zu erheben. Verbands-Sekretär Mehrlein referierte. Nach längerer Debatte, an der sich etwa 10 Redner beteiligten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

Die am 7. August in der „Skala" tagende gut besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Breslau des Deutschen Gemeindearbeiter-Verbandes erklärt nach gründlicher Beratung der Magistratsverfügung vom 10. Juli das Folgende, und zwar nach einstimmigem Beschlusse:

1. Die im Gemeindearbeiter-Verbande — Filiale Breslau — organisierten städtischen Arbeiter aller Betriebsverwaltungen erkennen an und haben stets anerkannt, daß der Magistrat auf verschiedenen Gebieten Besserungen der Lage der städtischen Arbeiter erstrebt und auch teilweise verwirklicht hat. Auch hat dem Magistrat innerhalb des Verbandes noch niemand den guten Willen zu diesen Reformen bestritten. Wohl aber behaupten die Versammelten, daß der Magistrat von den städtischen Beamten nicht immer wahrheitsgemäß berichtet wird. So steht es unweigerlich fest, daß eine große Zahl der städtischen Beamten, besonders Unterbeamten, noch heute entgegen dem Willen des Magistrats den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert. Zum Beweise werden alle derartigen Fälle jetzt den zuständigen Arbeiterausschüssen überwiesen werden.

2. Die organisierten städtischen Arbeiter verwahren sich auch dagegen, absichtlich oder unabsichtlich Beleidigungen gegen den Magistrat oder die Vorgesetzten erhoben zu haben, ebenso wenig ist das von ihrem Leiter, dem Verbandssekretär Mehrlein geschehen, allerdings beanspruchen sie für sich das Recht der Kritik, denn ohne dieses Recht würde das ihnen vom Magistrat gestattete Koalitionsrecht für sie gar keinen Wert haben. Sie sind auch der Meinung, daß die Drohungen mit Entlassung von seiten des Magistrats besser unterbleiben, denn die organisierten städtischen Arbeiter sind keine Kinder, die man mit der Rute ängstigt! Sie hoffen vielmehr, daß der Magistrat sich von ihrem friedfertigen und loyalen Geiste überzeugt, indem er die Vertreter des Verbandes anerkennt und mit ihnen und den Vertretern in den Arbeiterausschüssen die Lage der städtischen Arbeiter berät. Die Vertreter der Organisation sind jederzeit zu solchen Unterhandlungen bereit.

Schließlich erklären die Versammelten noch, daß im Gemeindearbeiter-Verband — wie in jeder anderen freien Gewerkschaft — nicht einzelne Personen zu dekretieren haben, sondern daß der Wille der Mehrheit entscheidet, daß es also nicht richtig ist, daß im Gemeindearbeiter-Verband einzelne Personen — besoldet oder unbesoldet — den Ton angeben. Weiter sind die Leiter der Filiale von den Mitgliedern frei gewählt und nicht ihnen von irgend einer Seite aufgezwungen. Die sozialdemokratische Partei hat weder den Gemeindearbeiter-Verband errichtet, noch irgend welche Filiale desselben ins Leben gerufen. Wohl aber sind die meisten Mitglieder der Breslauer Filiale Sozialdemokraten und sind stolz ob dieser ihrer Parteizugehörigkeit. Im Verbande selbst aber wird Gewerkschaftspolitik und keine Parteipolitik oder konfessionelle Politik betrieben.

Hervorgehoben sei noch, daß die Vertrauensleute der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke im Auftrage ihrer Kollegen erklärten, daß diese ungerechtfertigte Entlassungen nicht so ruhig wie am 30. Dezember vorigen Jahres hinnehmen, sondern event. Falles mit allen Mitteln — auch der Arbeits-Einstellung — beantworten würden.

Unter „Verschiedenem" wurde noch erwähnt, daß sich der Laternenwärter Josef Töpfer gegen den Verband schwer vergangen hat und wurde deshalb einstimmig sein Ausschluß beschlossen.

Allgemeine Heiterkeit herrschte, als berichtet wurde, wie kläglich der „berrrühmte" katholische Arbeitersekretär Bull in der Diskussion mit dem Leiter des Verbandes, Mehrlein, anläßlich einer Laternenwärter-Versammlung abgeschnitten hatte und infolgedessen erklärte, nie wieder mit Mehrlein diskutieren zu wollen. Auch will Bull nie wieder Versammlungen des Gemeindearbeiter-Verbandes besuchen. Es hat auch keinen Zweck, denn etwas zu lernen, ist Herr Bull doch unfähig. Mag er sich also damit begnügen, Herrn Bender auf der Suche nach der wahren freisinnig-reaktionären Koalitionsfreiheit Bruderhilfe zu leisten.

Ein Tarifvertrag der Bauanschläger.

Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Gradenwitz fanden am Montag, den 6. August, Nachmittags 5 Uhr, wie unsere Leser bereits wissen, Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und der Lohnkommission der Arbeitnehmer statt. An denselben nahm Verbandssekretär Philipp als Vertreter des Metallarbeiterverbandes teil. Der Vorsitzende hob hervor, daß die Situation insofern schwierig sei, als die in Betracht kommenden Arbeitgeber in der Bauanschläger-Branche nicht organisiert und unter sich nicht einmal einig seien. Der Lohntarif ist sehr kompliziert, er umfaßt nicht weniger als 197 Positionen. Die meisten derselben wurden schon in einer früheren Sitzung durchberaten und es blieb somit nur übrig, die strittigen Punkte zu erledigen und den ganzen Tarif zum Abschluß zu bringen.

Zu den Arbeitgebern im Bauanschläger-Fache gehören Kaufleute der Eisenbranche, Schlossermeister, Tischlermeister, und Zwischenmeister. Alle Kategorien waren vertreten. Von den Meistern wurden die aufgestellten Tarifpreise einer Kritik unterzogen. Die Lohnkommission gab in einzelnen Positionen nach, um den Abschluß des Tarifes zu ermöglichen, es wurden sonach für einzelne Arbeiten die Preise etwas erniedrigt, doch im großen und ganzen wurde der Tarif, wie er von der Lohnkommission aufgestellt ist, aufrecht erhalten. Nur bei den allgemeinen Tarifbestimmungen machten die Unternehmer besondere Wünsche geltend, so daß seitens der Arbeitnehmer Philipp und von den Arbeitgebern Herr Tischlermeister Müller von der Freien Vereinigung im Tischlergewerbe auf die Notwendigkeit dieser Bestimmungen hinweisen mußten.

Die wesentlichsten Punkte führen wir an: Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Anschläger einen verschließbaren Raum oder, wenn das nicht möglich, einen verschließbaren Kasten zur Verfügung zu stellen resp. die Herstellung desselben dem Anschläger zu bezahlen und zwar pro Arbeitsraum für 1 oder 2 Plätze mit 1 Mk. Die Lohnkommission hatte 3 Mk. beansprucht, für jeden weiteren Platz in demselben Raume 75 Pf. mehr. Die nötigen Breiter und Nägel sind vom Arbeitgeber zu liefern. Das eventuelle Umbauen wird bezahlt. In der Zeit vom 15. Oktober bis 1. April ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Arbeitsraum mit verglasten Fenstern zu versehen. Der Anschläger ist verpflichtet, die dazu gehörigen Fenster anzuschlagen und zu befestigen.

Die Sonntags- wie auch die Lichtarbeit ist nur ausnahmsweise in dringenden Fällen gestattet, jeder Anschläger ist verpflichtet, sich derselben zu enthalten. Bei Arbeiten, welche in Lohn ausgeführt werden, ist, falls nichts anderes vereinbart, als Mindestlohn die Stunde mit 60 Pf. zu berechnen, wenn der betreffende Anschläger mindestens 6 Monate im Berufe tätig ist. Die Maximalarbeitszeit beträgt auf Bauten 8½ Stunden (gefordert waren 8 Stunden). sie beginnt 7 Uhr früh und dauert bis 5½ Uhr Nachmittags. Diese Arbeitszeit ist unter allen Umständen einzuhalten; es wird jedem Anschläger dringend zur Pflicht gemacht, Morgens pünktlich zur Arbeit zu sein. Bei Arbeiten außerhalb Breslaus, wo der Anschläger übernachtet, ist dem Anschläger ⅙ Aufschlag zu den Tarifpreisen zu gewähren, auch eine Handgeld für Sonn- und Feiertage von 2.50 Mk. Für die Fahrt ist das volle Fahrgeld 3. Klasse und die darauf verwendete Arbeitszeit in Lohn zu vergüten. Unter Aufhebung der gesetzlichen Kündigungsfrist kann das Arbeitsverhältnis von beiden Seiten jederzeit gelöst werden, jedoch müssen angefangene Fenster und Türen fertiggestellt werden. Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten wird eine Kommission aus Mitgliedern der Lohnkommission der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber eingesetzt. Der Tarifvertrag tritt am 15. September 1906 in Kraft und hat bis 31. Juli 1908 Giltigkeit. Unterschrieben wurde der Tarif vom Tischlermeister Müller mit Vorbehalt der Zustimmung der freien Vereinigung, von der Eisenhandlung Firma Graul, vormals Hilborns Nachfolger, Schlossermeister Strachotta, Weiser, Herbst, schriftliche Zustimmung haben ferner erklärt Tischlermeister Seipelt, Knoff und Göhler. Einige Meister, so z. B. Schlossermeister Schmobl, hatten sich geweigert die Unterschrift zu geben, sie forderten, die Anschläger sollten 20 Mk. als Kaution legen, bis sämtliche ihnen übertragene Arbeiten fertiggestellt sind. Darauf hat die Lohnkommission sich nicht eingelassen. Herr Müller nahm Veranlassung, den Herren zu erklären, daß sie den Wert der Tarifverträge nicht richtig erkannt hätten, überhaupt noch sehr rückständig wären. Das nahmen die also Apostrophierten ruhig hin. Es ist anzuerkennen, daß Herr Assessor Dr. Gradenwitz sich um das Zustandekommen des Tarifs große Mühe gegeben hat.

* **Den Polizeikampf** gegen die arbeiterfreundlichen Gastwirte hat nunmehr auch Herr Hartel, der Inhaber vom Kaffeehaus Masselwitz (vormals Kliesch) zu spüren bekommen. Am vorigen Sonntage fand bei Herrn Hartel eine Volksversammlung statt, in der Genosse Schütz-Breslau das Referat übernommen hatte. Die Folge hiervon war, daß Herrn Hartel die Tanzerlaubnis entzogen worden ist, auch hat der Gendarm gegen den Wirt Anzeige erstattet, weil ohne sein Wissen einige der Gäste am vorigen Sonntag Nachmittag im Saale den Musikautomaten haben spielen lassen.

Mit solcher Nadelstichpolitik wird nichts weiter erreicht, als daß die Arbeiterschaft noch eifriger als bisher an ihre Aufgabe geht, die zu erfüllen sie allein berufen ist: die Macht des Polizeistaates endlich einmal zu brechen.

* **In der Schuhfabrik Dorndorf** befinden sich sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstande. Die Firma hatte ihre Zwicker aufgefordert, sie sollten einen Tarif zwecks Lohnregulierung einreichen. Dieses geschah, jetzt aber bedeutet man den Arbeitern, sie können gehen, denn zugelegt wird nichts. Außerdem sind zwei Arbeiter in einer anderen Abteilung gemaßregelt worden. Auch hat man Zuschneider und Stepper gehen heißen. All das veranlaßte die übrigen Mitarbeiter gleichfalls die Arbeit niederzulegen. Niemals mögen ältere Kollegen geglaubt haben, daß so etwas passieren könnte, aber der Geist des alten verstorbenen Herrn Dorndorf lebt nicht mehr im Betrieb.

Denjenigen Kollegen, die stets glaubten, bei einem humanen Arbeitgeber in Arbeit zu stehen, sind jetzt sicher die Augen geöffnet worden. Natürlich bildet, wie anderswo, auch hier, das Verhalten der Werkmeister einen Teil der Differenzen. Leute, die vor Jahren selbst organisiert waren, versuchen heute Arbeiter zu verschwatzen und ihre Maßregelung herbeizuführen.

Die Organisation und die Stimmung der Streikenden ist gut und die Firma, wenn sie wie bisher auf gutes Fabrikat sehen will, wird es sich überlegen müssen, ob sie den Kampf längere Zeit führen will bezw. kann. Auch die Arbeiterkundschaft wird, wenn sie erfährt, wie schlecht die Behandlung und teilweise auch die Entlohnung bei Dorndorf ist, darauf verzichten, ihren Bedarf bei Dorndorf zu decken.

Vor Zuzug von Arbeitswilligen hat die Verwaltung des Verbandes nach allen Richtungen hin, selbst bis ins Ausland, ihre Warnungen ausgesandt. Wo der Geist der Selbstzucht vorhanden ist und dieser ist vorhanden, werden die Arbeiter stets und immer die Sieger sein.

* **Die Tage werden kürzer.** Das Ende der hellen Nächte ist wieder herbeigekommen. Während die Mittagshöhe der Sonne seit dem längsten Tage bereits um etwa 4 Grad abgenommen hat, taucht sie um Mitternacht um ebenso viel tiefer unter den Horizont. Man nimmt an, daß die nächtliche Dämmerung aufhört, sobald die Sonne tiefer als 18 Grad unter dem Horizont steht; selbstverständlich läßt sich dies nicht in Wirklichkeit so scharf beobachten, denn Luft- und Witterungsverhältnisse spielen hier eine große Rolle. Am 15. August erscheinen die ersten Lichtschimmer etwa in Nordnordost um 2 Uhr 30 Minuten Morgens, die letzten Spuren der Dämmerung verschwinden dann in Nordnordwest um 10 Uhr 40 Min. Abends.

Vom Saalkampf in Klettendorf und Hartlieb.

Neue Momente sind in Klettendorf nicht zu Tage getreten. Der Garten des Lokals von Hänsel hatte am Sonntag keine Gäste, jedoch war der Saal dafür etwas besser besetzt. Um 7 Uhr war die Höchstzahl der Besucher mit 26 Herren und 57 Damen erreicht. Dies gibt keinen Grund, anzunehmen, daß der Boykott keinen Zweck hat. Die Polizei war nicht verstärkt, trotzdem müßte man aber annehmen, daß es ihr möglich gewesen wäre, offenkundige Gesetzesübertretungen zu bemerken. Aber weit gefehlt, die löbliche Polizei hat nur ihr Augenmerk auf die Boykottposten gerichtet, aber daß Herr Hänsel während der Kirchenzeit Bier und Schnaps über die Straße verkauft, und dann noch an kleine Kinder, hat sie nicht gesehen. Merkwürdig, höchst merkwürdig, das zu begreifen fällt einem Arbeiter zu schwer.

In Hartlieb war am Sonntag endlich ein Erfolg der Bettelbriefe zu bemerken. Ein christlicher Verein hatte es sich nicht nehmen lassen, dieses Lokal zu besuchen, sonst wäre dasselbe diesmal ganz leer geblieben. Um 6 Uhr wurden im Saale 6 Herren und 25 Damen gezählt, während im Garten 16 Herren und 25 Damen Platz genommen hatten. Der Verkauf über die Straße, den die Polizei nicht sieht, wird hier in noch stärkerem Maße betrieben, als bei Hänsel. Die Arbeiter wollen bedenken, daß sie [illegible] Entnahme von Waren aus dem gesperrten Lokal ebenfalls den Boykott durchbrechen. Ob sich das mit ihren Anschauungen vereinbaren läßt, mag dahingestellt sein. Hoffentlich kommt das nicht mehr vor.

---

* **Das Zoologische Museum** bleibt vom nächsten Sonntag, den 12. August an wegen Bauarbeiten auf einige Zeit für das Publikum geschlossen.

* **Das Breslauer Leitungswasser** besteht nach der letzten amtlichen Mitteilung zu drei Teilen aus Oderwasser und zu zwei Teilen aus Grundwasser. Von Mangansulfat und Manganoxydul sind nur minimale Spuren vorhanden.

* **Die Sprengwagen** scheinen in Breslau rar zu sein. In einigen Gegenden unserer Stadt — merkwürdiger Weise sind es gewöhnlich gerade solche, die nur von Arbeiterfüßen betreten werden — war selbst in den heißen Tagen der zweiten Julihälfte der Sprengwagen ein gar seltener Gast. So beschweren sich die Arbeiter der Linkschen Waggonfabrik darüber, daß auf der Striegauer Straße bis zur Stadtgrenze an der Chausseebrücke kurz vor dem Mochberner Personenbahnhofe in den letzten Wochen stets nur einmal am frühen Morgen gesprengt worden ist. Infolgedessen hatte sich im Laufe der Tage dort eine so gewaltige Staubschicht abgelagert, daß die Arbeiter der anliegenden Betriebe, die gewöhnlich am Straßenrande die Mittagpause zubringen und dort auch essen, kaum atmen konnten, wenn ein Wagen oder ein Radfahrer vorüberfuhr.

* **Zoologischer Garten.** Donnerstag findet von 4½ Uhr Nachmittags ab, das Doppelkonzert zum Besten des Pensions- und Unterstützungsfonds für die Angestellten des Zoologischen Gartens statt. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Jeder Mehrbetrag wird für den Pensionsfonds dankbar angenommen.

* **Breslauer Sommertheater.** Die gestern mit großem Beifall aufgenommene spannende Komödie „Drei Erlebnisse eines englischen Detektivs" wird heute Mittwoch und morgen Donnerstag wiederholt.

* **Verlängerung der Adalbertstraße.** Die Adalbertstraße soll nach Norden über die Sternstraße hinaus verlängert werden. Teile dieser Verlängerung sind unter dem Namen Neue Adalbertstraße bereits vorhanden. Vor mehreren Jahren bereits wurde der nördlich von der Michaelisstraße nach dem Kanal zu abzweigende Teil angelegt und jetzt ist auch der Teil, der in südlicher Richtung vom Lehmdamm aus nach der Sternstraße zu abgeht, mit vielen Häusern besetzt und bereits bewohnt. Nur ein Grundstück versperrt noch den Ausgang nach Süden und damit den Anschluß an die alte Adalbertstraße. Es ist das Fabrikgrundstück von Pringsheim, Sternstraße 44/48. Die Bewohner der ohne Oeffnung dieses Grundstücks Sackgasse bleibenden Neuen Adalbertstraße wünschen möglichst bald die Durchlegung der Straße durch das Pringsheimsche Grundstück. Die Hoffnung auf eine baldige Oeffnung des Grundstücks scheint aber bedauerlicherweise zu schwinden, denn die auf dem Grundstücke befindliche Fabrikanlage ist in jüngster Zeit erweitert worden, allerdings ohne behördliche Genehmigung. Der Besitzer hat jetzt, wie im „Breslauer Gemeindeblatt" bekannt gemacht wird, die nachträgliche Genehmigung beantragt. Einwendungen gegen die Anlage können binnen zwei Wochen in dem Stadtausschuß-Bureau Malergasse 25 angebracht werden.

* **Ein eigenartiger Unfall** traf am Sonntag den Lokomotivführer Jäkel aus Görlitz, der die zweite Lokomotive des Mittags von Dresden hier eintreffenden Schnellzuges bediente. Als sich der Zug in voller Fahrt zwischen den Stationen Maltsch und Neumarkt befand, durchschlug ein Kohlenstück das eine der vorderen Fenster des Führerstandes der Maschine und traf den Lokomotivführer am Kopfe, wobei derselbe nicht unerhebliche Quetschungen im Gesicht erlitt. Die Ursache des Unfalles ist bisher noch nicht aufgeklärt. Auch der Verletzte, der nach Ankunft des Zuges in Breslau in das Barmherzige Brüderkloster übergeführt wurde, vermag keine Erklärung des Unfalles zu geben. Nicht ausgeschlossen ist es nach seiner Ansicht, daß sich das Kohlenstück vom Tender der ersten Lokomotive losgelöst hat und durch den starken Luftzug des mit voller Schnellzugsgeschwindigkeit dahinrasenden Zuges gegen und durch das Fenster geschleudert worden ist.

* **Selbstmordversuch eines Kürassiers.** Am Sonntag gegen 4 Uhr versuchte ein Kürassier der zweiten Eskadron hiesigen Regiments Selbstmord zu begehen. Er wurde im Scholtwitzer Gelände vom Inspektor Klinner schwer verwundet aufgefunden. Säbel, Koppel, Stiefel und Schußwaffe, sämtlich Extrasachen, fehlten. Der Verletzte hatte sich in eine Haferstiege geschleppt, in der Hoffnung, dort aufgefunden zu werden, da der Hafer eingefahren wurde. Fußgendarmeriewachtmeister Schwarzer II zu Breslau brachte den schwer Verletzten nach dem hiesigen Garnisonlazarett. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten. Das Motiv ist, wie die „Breslauer Morgenzeitung" berichtet, Aerger. Erst vor kurzem hat sich ein Kürassier von demselben Regiment erschossen.

Aerger! Das muß schon ein schwerer Aerger gewesen sein, der einen jungen lebenslustigen Soldaten solchen Widerwillen gegen das Leben fassen ließ, daß er sich entschloß, freiwillig daraus zu scheiden.

* **Selbstmord eines Breslauer Touristen.** In der Nähe des Altvaters erschoß sich ein Tourist Schultz aus Breslau. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

* **Dem Leben entronnen.** Am 6. d. M., Mittags, sprang der 25 Jahre alte Anstreicher Fritz Klink nach seiner Entlassung aus dem Allerheiligen-Hospital in den Nikolai-Stadtgraben und ertrank. Die Leiche wurde nach mehrstündigem Suchen gefunden.

* **Vermißt** wird seit dem 2. d. M., der 13 Jahre alte Knabe Franz Winkler, Kreuzburgerstraße 13.

* **Brand.** Am 6. d. M., gegen 11 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Höfchenstraße 16 gerufen, wo in einem im 1. Stock gelegenen Wohnraume ein Kleiderschrank mit Kleidungsstücken, Kartons, Papieren, ferner Gardinen angebrannt waren. Das Feuer war bereits vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht worden.

* **Zusammenstoß.** Ein Rollwagen und ein Straßenbahnwagen stießen am 6. d. M., Nachmittags, auf der Kupferschmiedestraße zusammen, wobei der Straßenbahnwagen am Vorderperron beschädigt wurde.

* **In das Polizeigefängnis eingeliefert** wurden am 6. d. Mts. 23 Personen.

* **Gefunden** wurden: Ein Pfandschein, ein Maulkorb und 5 Ohrringe.

* **Abhanden** kamen: Eine Kiste Marzipan, eine Handtasche, ein Täschchen mit 20 Mk. und eine goldene Damenuhr.

* **Gestohlen** wurden: Aus einem Schaukasten auf der Scheitnigerstraße 6 Herrenhüte, einer Buchbindersfrau auf dem Ring ein Portemonnaie mit 18 Mk. Einem Arbeiter von der Louisenstraße ein Fahrrad „Viktoria" Nr. 135,546. Einem Schiffer in einer Restauration auf der Stockgasse eine silberne Uhr mit Haarkette und Goldbeschlag. Einem auf einer Promenadenbank eingeschlafenen Maurer eine silberne Remontoiruhr.

* **Festgenommen** wurde ein Arbeiter, der einem auf seinem Wagen eingeschlafenen Manne 80 Mk. gestohlen hatte.

Aus Schlesien und Posen.

Arbeitslöhne und Arbeitsleistungen im Bergbau.

Ueber die in dem Steinkohlenbergbaue Oberschlesiens und Niederschlesiens im Jahre 1905 gezahlten Arbeitslöhne und erzielten Arbeitsleistungen entnehmen wir der staatlichen Statistik folgendes: Beim oberschlesischen Steinkohlen-Bergbaue waren beschäftigt 85,940 Arbeiter. Der reine Lohn nach Abzug aller Leistungen für Bruderlade, Materialien ꝛc. betrug durchschnittlich für alle Arbeiter **308 Mark pro Schicht und der Jahresverdienst 867 Mark.** Die Arbeitszeit betrug bei den unterirdisch beschäftigten Arbeitern für 14½ Prozent 8 Stunden und für 75,2 Prozent 10 Stunden. Der Verdienst der Kohlenhauer und Schlepper allein betrug **350 Mark pro Schicht oder 970 Mk. pro Jahr.** Die Leistung eines Arbeiters in Oberschlesien war 6280 Zentner pro Jahr. Beim Steinkohlen-Bergbau Niederschlesiens waren 25,562 Arbeiter beschäftigt. Der Verdienst aller Arbeiter betrug im Durchschnitt **294 Mark pro Schicht oder 882 Mark pro Jahr.** Die Arbeitszeit war bei 99,6 Prozent 8 Stunden und bei 0,8 Prozent 10 Stunden. Der Verdienst der Hauer und Schlepper war **315 Mark pro Schicht oder 940 Mark pro Jahr.** Die Leistung eines Arbeiters in Niederschlesien war 4160 Zentner pro Jahr. Aus dem Vergleich dieser Angaben ist zu ersehen, daß die unterirdischen Grubenarbeiter in Oberschlesien eine längere Arbeitszeit haben, infolgedessen auf die Schicht 35 Pfennige mehr entfielen. Der Jahresverdienst ist in Oberschlesien nur um 30 Mark mehr. Die Leistung des einzelnen Arbeiters ist um 2120 Zentner größer als wie in Niederschlesien.

Höchst wahrscheinlich — wir können das allerdings nicht sofort nachprüfen — ist diese staatliche Statistik dem Arbeiter eher ungünstig als günstig. Aber das beweist die Statistik zur Genüge, daß die Arbeitslöhne (2.94 bis 3.50 pro Tag) in Anbetracht der enormen Arbeitsleistungen hundsmiserabel genannt werden müssen. Dieser Bettellohn ist die „Entschädigung" dafür, daß der Bergsklave die schwarzen Diamanten in tausenden von Zentnern pro Jahr zu Tage fördert, damit die „Herren" in Palästen wohnen und ein üppiges Leben führen können. Wehe aber dem armen geiretenen Arbeiter, wenn er seine trostlose Lage mittels der Organisation verbessern will! Möge die oben mitgeteilte Statistik für jeden Grubenarbeiter eine eindringliche Lehre sein, die Zeit, in der er lebt, zu verstehen und mit seinen Kameraden gemeinsam für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, eingedenk der Worte unseres großen Lehrmeisters Karl Marx: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

„Wir freisinnigen Redakteure".

Curt Losch, der „leitende Redakteur" des oberschlesischen „Freisinns"organs in Kattowitz, ist durch unsere Feststellung seiner neuen fürchterlichen Blomage — betreffend den „Ausgleich" mit der „Kattowitzer Zeitung" — derart geärgert, daß er in etwa 120 Druckzeilen einen ganzen Latrinenwagen voll Mistjauche über uns ausschüttet. Die anmutige Leistung beginnt mit folgendem Satz:

„**Die „Breslauer Volkswacht"**, eins der niedrigst stehenden Verleumder-Blätter, von denen es in der sozialdemokratischen Presse wimmelt, kennt kein schöneres Vergnügen, als sich an freisinnigen Redakteuren zu reiben, aus Haß und Rachsucht, weil diese ab und zu einmal dem sauberen Blatte wegen seiner schamlosen Manipulationen gehörig auf die Finger klopfen."

In diesem Tone geht es hundert Zeilen weiter, bis zum Schlusse, der folgendermaßen lautet:

„Mag darum das Sozialistenblatt an der Oder weiter keifen, verleumden, schimpfen, herabzerren, nach Art und Weise eines räudigen Kläffers, der auf einem Misthaufen den Mond anbellt, die freisinnigen Redakteure soll es weiter nicht kümmern."

Was die freisinnigen Redakteure damit zu tun haben, wenn wir gelegentlich einen journalistischen Strolch und Wegelagerer der verdienten Oeffentlichkeit übergeben, verstehen wir nicht. Losch scheint instinktiv zu fühlen, daß er mit der eigenen komisch-jämmerlichen Person in diesem Kampfe keine Ehre einlegen kann und verkriecht sich deshalb hinter die Rücken anständiger Leute, macht seine verächtliche Sache zur politischen Sache der freisinnigen Redakteure. Uns könnte das ja gleichgiltig sein, aber den freisinnigen Redakteuren in ihrer Gesamtheit dürfte es doch nicht egal sein, von einem Subjekt, wie diesem Losch, in der gekennzeichneten Weise mißbraucht zu werden. Vor allem, wenn sie erfahren, was für ein Bursche dieser auch „freisinnige Redakteur" eigentlich ist. Zur näheren Charakterisierung des Menschen trägt eben jetzt die „Kattowitzer Ztg." wieder bei, dieselbe Zeitung, mit der Losch sich durch den famosen „Ausgleich" angeblich versöhnt hat, und von dessen Vertreter vor dem Schiedsgericht Losch sich komischer Weise sogar rühmt — einen Händedruck empfangen zu haben! Wir schätzen freilich das Gefühl für Reinlichkeit bei einem Redakteur der „Kattowitzer Zeitung" doch zu hoch ein, um an diesen Schwindel des Losch zu glauben. Nun, nach dem angeblichen Händedruck hat es sich der anständige, biedere Losch nicht verkneifen können, den eben versöhnten Gegner, die „Kattowitzer Zeitung", hinterrücks wieder mit Dreck zu besudeln. Darauf antwortet das Blatt einfach mit dem Abdruck eines Artikels aus einem oberschlesischen Zentrumsblatt, der sich mit unseren bekannten Enthüllungen über die skandalösen Praktiken Losch's gegenüber seinen Kollegen im „Oberschlesischen Tageblatt" beschäftigt und zunächst schildert, wie Losch's Kollege Gehrmann mit Losch zusammen vor Gericht kam, eines Artikels wegen, den angeblich G., in Wahrheit aber Losch geschrieben und heimlich, ohne Wissen des verantwortlichen Gehrmann, in das Blatt gebracht hatte. Das Zentrumsblatt — die „Oberschlesische Volksstimme" — fährt dann wörtlich fort:

„Bekannt ist, daß Gehrmann zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt und Losch freigesprochen wurde. Nach einiger Zeit erklärte Losch diesen Artikel (der „Volkswacht") für erlogen und erwartete von der „Volkswacht" eine Richtigstellung. Die prompte Antwort lautete: „Wir können sogar vor den Schranken des Gerichts — wenn es Herrn Losch, dem politischen Hanswurst, beliebt — für die volle Wahrheit der veröffentlichten Tatsachen einstehen."

Hierzu sieht sich nun der ehrliche Chronist folgende Fakta der Nachwelt zu überliefern verpflichtet:

Der Redakteur Gehrmann kam von Lodz mit dem bewußten Artikel in der Brusttasche in Beuthen an, entschlossen, unter Vorweisung der handschriftlichen Urkunde darzutun, daß er nicht der Verfasser des Artikels ist, daß dieser ohne sein Wissen, hinter seinem Rücken, in die Zeitung von Losch selbst gebracht wurde. Er wollte ferner bekunden, daß er solch erbärmlicher, über die Maßen gemeiner Ausdrucksweise gar nicht fähig ist. Aber wo bleiben die Vorsätze, wenn drei feurige Zungen stundenlang bitten und weinen: „Retten Sie ihn vor Gefängnis, lieber Kollege," „seien Sie ein Ehrenmann, erbarmen Sie sich meiner", „das Geschäft wird sämtliche Unkosten und Kosten für Sie tragen". Vor dem Eintritt in den Gerichtssaal wird das Abkommen noch durch Handschlag besiegelt und Gehrmann nimmt den Schandartikel auf sich. — Losch hatte schon in der Vorverhandlung bestritten, der Verfasser zu sein, auch angegeben, er wisse von dem Artikel nichts. Er hat also von dem Recht des Angeschuldigten, zu lügen, Gebrauch gemacht, wie ein gemeiner Verbrecher. Während der Verhandlung war nun aus dem Munde Losch' nichts weiter herauszubringen, als „ja" oder ein Nicken des Kopfes. Der Staatsanwalt beantragte schließlich sechs Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung. Losch glaubte nun sein letztes Freiheitsstündlein geschlagen, denn daß Gehrmann nicht weiter die Schuld als die seine anerkennen und noch vor dem Richterspruch mit seinen Beweisen antreten werde, war Losch zu natürlich. Aber Gehrmann schwieg und Losch war gemein genug, auch zu schweigen.

Es kann dieser sonst so temperamentvolle Federhandlt nur in seiner Redaktionsstube angebliche Fehler seiner Nebenmenschen auf schamlose, rohe Art geißeln; wo es aber gilt, seine eigenen Taten mit Mannesmut zu verteidigen, da versagt sein Heldenmut."

Daß diese Charakterisierung des Losch durch ein Zentrumsblatt, der sich ein liberales Blatt, wie die „Kattowitzer Zeitung", durch vorbehaltlosen Abdruck anschließt, den Nagel auf den Kopf trifft, brauchen wir nicht weiter darzulegen. Sie ist nur eine Ergänzung unserer eigenen Schilderung dieses „freisinnigen Redakteurs". Losch selbst erklärt in seinem vorerwähnten Mistartikel, er halte es „unter seiner Würde" (!), unserer wiederholten Aufforderung zu folgen und uns wegen unserer Darstellung der Gehrmann-Affaire zu verklagen. Der Bursche weiß eben, was ihm an Gerichtsstelle blühen wird, er wird es daher auch unter seiner „Würde" halten, bürgerliche Blätter wegen derselben Sache vor Gericht zu zitieren. Wie lange aber noch soll dieser Kerl sein schmutziges Handwerk in Oberschlesien treiben dürfen, wie lange noch darf er es wagen, seine persönlichen Schuftereien als die Sache der freisinnigen Redakteure auszugeben?

Die Hirschberger Polizei und der „Bote."

Unter der Ueberschrift: „Wie die Hirschberger Polizei Reisende behandelt," brachte die „Volkswacht" am 28. Juli in ihrer Nr. 173 einen Artikel. Der „Bote aus dem Riesengebirge" sagt hierzu sehr vorsichtig im Briefkasten seiner Nr. 180 wie folgt:

Alt-Kemnitz. Die Sache liegt erheblich anders, als die „Volkswacht" sie darstellt. Z. hat sich in Seifershau als nach Hirschberg verzogen abgemeldet und in Hirschberg als zugezogen freiwillig angemeldet. Wenn er dann nach zwei oder zweieinhalb Monaten seinen Wohnsitz wieder nach Seifershau verlegte, hatte er sich nach den nun einmal geltenden Bestimmungen auch wieder abzumelden. Die Polizei trifft in dieser Richtung kein Vorwurf. Von Liebenswürdigkeit gegen die steuerzahlenden Bürger zeugt allerdings die polizeiliche Antwort auf die Reklamation des Z. gerade nicht. Aber deshalb einen spaltenlangen Artikel? Nein! Mit Kanonen gegen Spatzen zu schießen und sich damit lächerlich zu machen, überlassen wir getrost der gespensterseherden „Volkswacht".

Der Gewährsmann für unseren Artikel antwortet darauf: Erstens habe ich mich nicht freiwillig angemeldet, sondern es ist mir bedeutet worden, daß ich mich unter Herbeischaffung eines Abzugsattestes anzumelden habe — zweitens habe ich dann nicht meinen Wohnsitz nach zwei bis zweieinhalb Monat wieder nach Seifershau verlegt, sondern ich habe meinen vorübergehenden Aufenthalt nicht mal bis zu einem halben Monat ausgedehnt und bin dann schon wieder von Hirschberg weiter gereist.

Daß bei alledem die Hirschberger Polizeipraktik — deren Anspruch auf Rechtskraft dahingestellt bleiben möchte — mit „unliebenswürdig" bezeichnet, ist sehr freundlich, desgleichen, daß der Bote diese bemängelte Liebenswürdigkeit mit einem „Spatzen" vergleichet.

So unser Gewährsmann. Es gereut uns nicht, diese wahre Polizeigeschichte veröffentlicht zu haben, umsoweniger, als wir gleichzeitig haben feststellen können, wie der sogenannte freisinnige „Bote" die Interessen der Reisenden vertritt. Bisher hat er immer als das „meistgelesenste Blatt des Riesengebirges" mit vollen Backen das Lob der Reisenden gesungen, um sie ins Gebirge zu locken. Jetzt aber, wo er ihre Interessen (noch dazu bürgerlicher Männer) gegenüber der Polizei wirklich einmal vertreten soll, knickt er zusammen wie ein Taschenmesser. Dem Freisinn gebührt doch der Ruhmeskranz um die tapfere Stirn!

„Gott segne das ehrbare Handwerk."

Sie sind wieder einmal „beisamme gewest", die Vertreter der Fleischerinnungen des Oberschlesischen Industriebezirks, und zwar am Sonntage in Gleiwitz. Sie haben „begeisterte Hochs" ausgebracht, haben den Behörden und der Presse ihren herzlichen Dank ausgesprochen für das verständnisvolle Entgegenkommen gegenüber dem schwer kämpfenden Handwerk, haben Konzert, Festessen und Tanz abgehalten, sind mit Fahnen durch die Stadt gezogen und haben Beratungen gepflogen, wie sich der Geldsack der Fleischer füllen könnte, ohne daß die oberschlesische Arbeiterbevölkerung in Zukunft zuviel Fleisch zu essen brauche.

Durch den neuen deutsch-russischen Handelsvertrag ist das Kontingent der Schweine, die aus Rußland eingeführt werden dürfen von 1320 auf 2500 Stück pro Woche erhöht worden. Eine Verbilligung des Fleisches ist aber trotzdem ausgeschlossen, weil die Tiere nicht mehr wie früher nach Stück, sondern nach Gewicht verzollt werden müssen. Ein Schwein von fünf Zentnern Lebendgewicht, das früher 5 Mark Zoll kostete, kostet jetzt 22.50 Mark. Infolge der russischen Wirren ist zudem die Zufuhr gegenwärtig eine sehr unregelmäßige. Die Fleischnot der oberschlesischen Bevölkerung ist also nach wie vor eine sehr große.

Was wollen nun die Fleischer zur Abhilfe dieser Not erstreben? Nun, sie verlangen, daß bei der Neukontingentierung den Nichtfleischern ein geringeres Kontingent als bisher, 625 Schweine pro Woche zugeteilt wird. Sie wollen also die Vorteile des Kontingents gewissermaßen als Liebesgabe für sich allein in Anspruch nehmen. Gegenwärtig haben die Grubenverwaltungen durchschnittlich etwa nur 84 Schweine für sich beansprucht und die Konsumvereine erhalten Schweine nur dann zugeteilt, wenn sie an Nichtarbeiter ebenfalls so billig liefern als an Arbeiter. Die Fleischer meinen aber, wenn erst einmal die Wirren in Polen vorüber seien und normale Preis-Verhältnisse eintreten würden, kämen sicher die Verwaltungen und beanspruchten den vollen Teil des auf sie entfallenden Kontingents, und dies sei eine große Gefahr für das Fleischergewerbe. Und nun gar die Konsumvereine. Als in Friedenshütte der Konsumverein einen Fleischerladen eröffnete, konnten drei Fleischer ruhig spazieren gehen. Schlecht zu sprechen sind die Fleischer auch auf die Gastwirte, die „Hauswurst gewerbsmäßig fabrizieren". Ihnen werden sie jetzt gehörig den Gewerbeinspektor auf den Pelz schicken, damit die sanitären Mißstände ausgerottet werden, die, wie zahlreiche Gerichtsverhandlungen ergeben, bei den Fleischern beileibe nicht existieren.

Wenn diese Wünsche alle erfüllt werden, wird es dem Geldsack der Herren Fleischermeister an der nötigen Straffheit nicht mehr fehlen. Nach den schönen Dankesworten werden sich wohl Behörden und die oberschlesische bürgerlich-kapitalistische Presse weiter verständnisvoll bemühen, die Interessen der Herren Schlachter zu fördern, auf Kosten der Gesamtbevölkerung.

Wie Raiffeisen-Genossenschaften gegründet werden,

dafür liefert die „Frankfurter Zeitung" einen niedlichen Beitrag, der für unsere Leser um so interessanter ist, als er gerade in Schlesien passiert ist. Wenn Arbeiter nach bestem Wissen unter den größten Schwierigkeiten Genossenschaften gründen und das Unternehmen gedeiht nicht, dann fällt die ganze bürgerliche Meute über sie her, um dieselben wegen Betruges zu denunzieren. Die Arbeiterführer sind natürlich die ärgsten Gauner, die ins Loch gesteckt werden müssen. Was muß nun aber mit

denen geschehen, die in der denkbar unzartesten Weise Landleute zwangen, darunter ein Pfaffe, die ja fast überall ihre unreine Nase hineinstecken müssen, ein faules Unternehmen künstlich aufzupäppeln, bis es zusammenbrach? Man höre:

Im Dorf Kättnitz (Kreis Sagan) wurde vor etwa vier Jahren von dem damaligen Pastor in Gemeinschaft mit einem Beamten der Firma Raiffeisen zur Verwertung der Milch von nur 120 Kühen eine Genossenschaftsmolkerei für 85,000 Mark gegründet, die jetzt schon wieder liquidiert hat. Die Art der Gründung ist typisch für so manches Unternehmen ähnlicher Art, bei dem nachher gerade der Kleinbauern- und Kleinwinzerstand, dem angeblich geholfen werden soll, die Zeche bezahlen muß. Wie es bei der Gründung herging, wird im „Handelsschutz" drastisch geschildert:

In einer Versammlung war ich Augenzeuge, wie der Raiffeisen-Beamte einen Bauern beim Kragen packte und der Pastor am Arme, um ihn zur Unterschrift zu veranlassen; als nun der Bauer am Tische angekommen war, zog ihn der Pastor am Rockschlippen auf den Stuhl und der Raiffeisenbeamte drückte ihm die Feder in die Hand. Von dem Raiffeisenbeamten wurde dem Bauern vorgeredet, es handle sich nur um eine kleine Molkerei von einem Gesamtkostenaufwande von noch nicht 5000 Mark. Später aber wurden die Bauern durch mannigfache Vorspiegelungen und Lockmittel bewogen, eine größere Molkerei für 35,000 Mark zu bauen; die Folge davon war, daß sofort eine Anzahl Mitglieder den Austritt erklärte. Man versprach dem einen, er solle das Baumaterial und die Kohlen vom Bergwerk für die Molkerei das ganze Jahr hindurch anfahren; ein anderer sollte das Milchgeld auszahlen und dafür gewisse Prozente erhalten; ein anderer, der mit Handzentrifugen handelte, sollte die Maschinen liefern und einen Teil des Baues übernehmen; ein anderer durfte in den Ortschaften Unterschriften sammeln und bekam jede Unterschrift gut entschädigt; einem anderen wurde versprochen, es würde später ein Sägewerk eingerichtet, damit er billig Holz schneiden könne. Einem andern versprach man, es würde, um dem mit Getreide- und Futtermitteln handelnden Bäcker und einem dito Handelsmann den Garaus zu machen, eine Schrotmühle und ein großer Getreidespeicher mit Eisenbahnanschluß angelegt, da solle er Speicherverwalter werden. War jemand bezüglich der Haftpflicht im Zweifel, daß er unter anderem durch die unbeschränkte Haftpflicht Haus und Hof verlieren könne, so wurde ihm erklärt, da sei nichts zu befürchten. Nach dem Genossenschaftsgesetze brauchten im Falle eines Zusammenbruches nur diejenigen die Schulden der Molkerei zu decken, welche die meisten Steuern bezahlen. In diesem Falle also die angeschlossenen Großgrundbesitzer und die Geld-Mitglieder, welche keine Kühe haben.

Sehr richtig bemerkt die „Frankfurter Zeitung" dazu: Hier liegt also der bei Raiffeisen-Unternehmungen oft wiederkehrende Fall vor, daß man eine Genossenschaft ohne jedes ernsthafte Bedürfnis gründete und sie, was wohl der Hauptfehler war, viel zu groß anlegte. Je größer die Anlage, desto größer ist nämlich der Nutzen der Raiffeisen-Organisation und ihrer Beamtenschaft an Vermittelungsgebühren und Zinsen aus den Gelddarlehen für den Bau und für Besorgung der maschinellen Einrichtungen. Die Raiffeisen-Organisation als solche riskiert dabei nichts, da sie keine eigenen Mittel hat, sondern mit Staatskrediten oder mit Spargeldern anderer gutsituierter Genossenschaften operiert. Geht die Sache nachher schief, so hat die Raiffeisen-Organisation auch keine oder keine nennenswerten Verbindlichkeiten, sondern der Schaden bleibt auf den in die Patsche geratenen Genossenschaftern hängen, und anderwärts werden ähnliche Gründungsmanöver von neuem inszeniert, weil der Raiffeisen'sche Beamtenapparat darauf nun einmal eingerichtet ist. Was Wunder, wenn dabei das ländliche Genossenschaftswesen auf keinen grünen Zweig kommt!

Kosel, 8. August. **In dieser Schiffahrtssaison hat am Koseler Oderhafen** der Verkehr mit Berggütern, größtenteils von Stettin und Hamburg kommend, und aus Mangan-, Eisen und Zinkerzen, Superphosphaten usw. bestehend, einen ungeheuren Aufschwung genommen. Während bis Ende Juli 1904 674,000 Zentner angekommen waren, sind es bis Ende Juli d. Js. 2,134,000 Zentner. Neun Dampf- und zwei elektrische Krane müssen den Betrieb dieser Berggüter und den für schweren talwärts gehenden Güter bewältigen. Um eine schnelle Ent- und Beladung zu schaffen, wird die Königliche Eisenbahnverwaltung für weitere neue Krane und für eine nochmalige Verlängerung der eben im Jahre 1904 schon um 200 Meter verlängerten Quaimauer Sorge tragen müssen.

—t. **Haynau**, 7. August. **Kein Kaufmannsgericht.** Der Hirsch-Dunckersche Verein der Kaufleute hatte den Magistrat ersucht, für Haynau ein Kaufmannsgericht zu schaffen. Auf Grund der Äußerung der Prinzipalsvereinigung, die ein Bedürfnis verneinte, da das Kaufmannsgericht nur von diesen kleinen Streitfällen, denen eine Bedeutung beigelegt würde, die sie sonst nicht hätten, benutzt würde, hat der Magistrat die Errichtung eines Kaufmannsgerichts abgelehnt. So berichtet das „Haynauer Stadtblatt". Weil also die Prinzipalsvertretung ein Kaufmannsgericht nicht wünscht, deswegen lehnt man es ab. Ob die Forderung der Handelsproletarier nach schneller und billiger Rechtsprechung sozialpolitisch noch so wünschenswert erscheint, tut nichts zur Sache. Die Unternehmer wünschen es nicht, und damit basta. Daß man aber dieses Verhältnis gerade einem so zahmen Gewerkverein vordemonstriert, ist mehr wie Ironie. Wie können denn auch die Handlungsgehilfen, die sonst immer die Harmonie von Kapital und Arbeit predigen, verlangen, daß ihnen ihr Recht auf billige und schnelle Art und Weise wird, da ja die Harmonie, die zwischen ihnen und den Prinzipalen herrscht, die Rechtsprechung vollkommen erübrigt! So entschieden wir das Verhalten des hiesigen Magistrats auch verurteilen müssen, zum guten Teil sind aber die Arbeiter, die sich im Gewerk- und Bürgerverein immer noch zu Schleppenträgern jener Herren hingeben, selbst schuld an diesen sozialpolitisch rückständigen Zuständen. Sie ernten nur, was sie selbst gesät haben!

Görlitz, 8. August. **Zum Maurerstreik** teilt unser Parteiblatt in Görlitz mit, daß sich den Streikenden immer mehr anschließen. Am Sonnabend fand eine Versammlung der christlichen Maurerorganisation statt; diese beschloß, ebenfalls in den Streik zu treten. Die Forderungen sind dieselben als die der Verbandsmaurer. Demnach verringert sich die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag.

—rr. **Neustadt OS.**, 6. August. **Wohltätigkeitsspenden und hygienische Einrichtungen.** Erst dieser Tage wurde von den aus Anlaß des 50jährigen Ehejubiläums des Geheimrats Pinkus so viel gepriesenen Wohltätigkeitsspenden berichtet und man müßte meinen, daß in einem Betriebe, dessen Oberchef nahezu 80,000 Mk. den patriotischen, christlichen und sonstigen Vereinen zu den verschiedensten Zwecken zu schenken vermag und dessen Arbeiterschaft mit den Angestellten sich auf nahezu 3000 beläuft, auch alles in ausreichendem Maße und bester Ordnung vorhanden sein müßte. Aber weit gefehlt, wie folgender Vorfall wieder beweist:

Am Sonnabend, den 4. d. M. erkrankte der Webereigehilfe Kirsch ganz plötzlich an Brechdurchfall im Betriebe, so daß er von dem Klosett, nach welchem er sich erleichterungsuchend geflüchtet hatte, vor lauter Schwäche nicht mehr fort konnte und deshalb einen gerade sich dahin begebenden Weber ersuchte, ihm den der Sanitätskolonne angehörenden Gehilfen Wieger mit Tropfen zu senden, da er sich nicht mehr fortbewegen könne. Dieser — ein Parteigenosse — erkannte die Situation und besorgte den Auftrag sofort. Inzwischen hatte man den Kranken hinausgetragen und im Hofe vor dem Maschinenhause auf dem dort lagernden Kohlenhaufen niedergelegt, wo er, mit Säcken oder Lappen verdeckt, der Sonnenhitze ausgesetzt war, bis gegen Mittag eine Droschke mit zwei schweren Arbeitspferden — selbst die Droschkenpferde scheinen nicht verfügbar gewesen zu sein — den Aermsten ins Krankenhaus schaffte. Beim Anblick des Kranken auf dem Kohlenhaufen äußerten sich selbst Angestellte empörend über den Mangel eines geeigneten Raumes: „Wenn dann solche Sachen in die Presse kommen, so gefällt es den Herren nicht und sie erbittern sich darüber." In jeder Betriebsstätte muß ein Kasten mit Verbandszeug und Zubehör nach den gesetzlichen Bestimmungen angebracht sein. Die Arbeiterschaft vermag aber solche vorkommendenfalls nicht zu entdecken. Vielleicht weiß die sonst so umsichtige Gewerbeaufsicht, wo solche sind.

Hohensalza, 8. August. **Zu einem [illegible] Erfolg** hat die Lohnbewegung der hiesigen [illegible] geführt. Nach 14 Tagen Streik, in dem sich die Meister redlich Mühe gaben, und die Polizei getreulich in der Unterstützung der Unternehmer half, Arbeitswillige heranzuziehen, mußten die Unternehmer doch verhandeln. Die Arbeitszeit, welche früher 11 bis 15 Stunden betrug, wurde durch Vertrag auf 10 Stunden täglich festgesetzt. Auch mußten die Ueberstunden bezahlt werden, ferner wurde ein Mindestlohn von 30 Pfennig festgesetzt und 3 Pfennig pro Stunde Zulage gewährt. Wenn es auch auf den ersten Ruck nicht allzuviel ist, so doch in Anbetracht der früheren Zustände, Löhne von 12 bis 15 Mark waren keine Seltenheit. Die Meister wollten erst nichts von Unterhandlungen wissen und hatten wohl gehofft, daß in der zweiten Woche die Kollegen zu den Fleischtöpfen zurückkehren würden. Als das nicht geschah, mußte man wohl oder übel sich mit dem Gauvorsteher verständigen. Als Kuriosum ist noch zu bemerken, daß sich der Gauvorsteher legitimieren sollte. Für die Kollegen mag der Erfolg ein neuer Ansporn sein, in der Agitation nicht nachzulassen. Die Zahlstelle besteht erst ein halbes Jahr und schon ist dieser Erfolg vorhanden. Sechs Jahre waren die Hirsche dort vertreten und nichts ist gemacht worden. Also vorwärts und denkt daran, welche Zeitung Euch unterstützt.

Znin, Prov. Posen, 7. August. **Das kommt von der „übertriebenen deutschen Agitation."** Am 3. d. M. fand hier die Generalversammlung des hiesigen Kreditvereins statt. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Direktors und die eines Mitgliedes des Aufsichtsrates. Infolge übertriebener Agitation seitens des deutschen Vorsitzenden des Aufsichtsrates hatten sich etwa 250 Polen und 50 Deutsche eingefunden, welche den früheren Apothekenbesitzer Legal zum Direktor wählten. Der Gegenkandidat, Bürgermeister Wobtke, erhielt 52 Stimmen. In den Aufsichtsrat wurde Kaufmann Roman Stryzewski gewählt. Bei den früheren Generalversammlungen waren höchstens 20 Mitglieder des über 1100 Mitglieder zählenden Vereins anwesend, und es ist vorgekommen, daß zur Vollziehung des Protokolls Mitglieder eigens herbeigerufen werden mußten. Durch die jetzigen Vorgänge ist den polnischen Mitgliedern des von Deutschen gegründeten Kreditvereins, dem im Laufe der Zeit etwa 800 Polen gegen 300 Deutsche beitraten, ihre Macht erst zum Bewußtsein gebracht worden. Diejenigen Deutschen, welche einen polnischen Aufruf erließen (!), welche die Person über die Sache stellten, nur um den jetzt gewählten Direktor durchzubringen, werden schon heute eingesehen haben, wie unüberlegt sie gehandelt haben. In absehbarer Zeit wird wohl kein Deutscher mehr im Aufsichtsrat sein und die Polen werden dann mit dem von Deutschen zusammengebrachten Reservefonds nach Belieben wirtschaften.

So berichten wörtlich hakatistische Blätter. Also muß es schon wahr sein, daß die Teutschen bei der Wahl platt auf den Hintern zu liegen kamen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Auch im Forst der Stadt **Liegnitz** ist die Nonne massenhaft aufgetreten. Gelesen wurden am 1. August von 129 Personen 84,000 Nonnenweibchen, am 2. August 114,000 und am 3. August von 140 Personen 140,000. Sodann ist die Zahl infolge des eingetretenen nassen Wetters zurückgegangen. Morgen wird die Lese beendet. Für den Herbst und das Frühjahr werden Vorsichtsmaßregeln getroffen. — Am Sonnabend wurde die Leiche der Drechslersfrau Minna Schiller aus **Friedeberg a. Qu.** aus dem Bober gezogen. Die Leiche wies ganz erhebliche Verletzungen auf. Gestern, Montag, wurde nun der Mann der Verstorbenen unter dem Verdacht verhaftet, seine Frau getötet und in den Bober geworfen zu haben. — Durch Hornissenstiche getötet wurde in Neudorf bei **Neurode** ein Knabe, während mehrere andere Knaben aus dem gleichen Anlaß schwerkrank darniederliegen. Die Kinder hatten beim Baden mehrere Hornissennester entdeckt und diese zerstört, wodurch sie die Wut der Tiere auf sich gezogen hatten. — Auf dem Bahnhof **Löwen** entgleisten drei leere Güterwagen und sperrten das Gleis Brieg—Oppeln für kurze Zeit. Ein Schnellzug und ein Personenzug von Breslau erlitten je 20 Minuten Verspätung. Der Materialschaden ist nicht sehr erheblich. — In **Beuthen OS.** erschoß sich in der Kaserne mit dem Dienstgewehr der Musketier Nissner. Er verübte den Selbstmord, während die Kameraden im Kasernenhofe zum Dienst antraten.

Gebr. Barasch

Ring

Nur bis Sonnabend!

werden unsere anerkannten künstlerischen

= Fotografien gratis =

bei Einkauf von Mark 3.00 an 1/4 Dutzend Visitbilder,
bei Einkauf von Mark 5.00 an 1/2 Dutzend Visitbilder,
bei Einkauf von Mark 10.00 an 1/2 Dutzend Kabinettbilder

auf alle Waren, ausser Lebensmittel, verabreicht.

Die ausgehändigten Fotografie-Bons haben für den ganzen Monat August Gültigkeit.